



Vorstandsbericht der
Deutschen Gesellschaft
für Soziale Psychiatrie

2013–2016

Inhaltsübersicht

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

- Einleitung
- Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP
- Veranstaltungen und Tagungen
- Bericht der Schatzmeisterin

Bericht der Kassenprüfer

Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

- Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle
- Personalsituation
- Sonstiges

Bericht der Stiftung für Soziale Psychiatrie

- Geschäftsführung
- Stiftungsbeirat und prominente Unterstützer
- Förderpreis der Stiftung für Soziale Psychiatrie für Projekte guter Praxis in der Gemeindepsychiatrie
- Weitere Aktivitäten der Stiftung
- Vorläufiger Finanzbericht

„Soziale Psychiatrie“ – Mitgliederrundbrief der DGSP

Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)

- Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung
- Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)
- Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien (BWF)
- Fachausschuss Europa
- Fachausschuss Forensik
- Fachausschuss Forschung
- Fachausschuss Menschen in Heimen
- Arbeitskreis Psychiatrische Pflege
- Fachausschuss Psychopharmaka
- Fachausschuss Psychotherapie
- Fachausschuss Sucht

Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)

21

- DGSP Baden-Württemberg e.V. (DGSP-BW)
- Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BayGSP)
- Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP)
- Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BraGSP)
- DGSP-Landesverband Bremen e.V.
- Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP)
- Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HeGSP)
- DGSP Niedersachsen e.V. (DGSP-N)
- Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP)
- DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
- Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (SGSP)
- DGSP Saarland e.V. (DGSP Saar)
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Schleswig-Holstein e.V. (DGSP-SH)
- Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen e.V.
- Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (WGSP)

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind:

Friedrich Walburg
Diplom-Psychologe, Stuttgart
1. Vorsitzender

Sven Bechtolf
Dipl. Sozialarbeiter/Sozialpädagoge, Bremen
1. stellvertretender Vorsitzender

Jan Roscher
Heilpädagogin, Leipzig
2. stellvertretender Vorsitzender

Christel Achberger
Diplom-Psychologin, Flintbek
Schatzmeisterin

Constantin von Gatterburg
Diplom-Sozialarbeiter, Heppenheim
Schriftführer

Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

Einleitung

Liebe Mitglieder!

Wenn wir die vergangenen drei Jahre Vorstandsarbeit Revue passieren lassen, dann ist man erstaunt, mit welcher Fülle von Themen und Aspekten der psychiatrischen Versorgung wir uns befasst haben.

Die brandaktuelle Thematik der Versorgung traumatisierter Menschen, die zu uns geflüchtet sind, wurde im Rahmen einer Tagung in Frankfurt am Main ebenso behandelt wie der Bereich Psychopharmaka, der uns schon lange beschäftigt.

Dabei ist es uns wichtig, die Themen nicht einfach abzuarbeiten, sondern mit kritischem Blick und unter Einbeziehung der unmittelbaren Tätigen und der Erfahrungen vor Ort Perspektiven aufzuzeigen, wie eine gute sozialpsychiatrische Versorgung aussehen kann. Immer wieder wichtig und deshalb auch das Thema unserer Jahrestagung 2014 in Bremen war und ist uns die Frage nach der sozialpsychiatrischen Grundhaltung. Dies führte uns auch fast zwangsläufig zum Gegenstand der Jahrestagung 2015 „Ver-rücktes Europa?“ in Trier, bei der uns Flucht und Asyl wieder intensiv beschäftigten.

Und es gibt Themen, wie 2015 die Diskussion zur Sterbehilfe, bei denen uns unser Bezug zu den Grundpositionen der Sozialen Psychiatrie wieder eine Orientierung verschafft. Hier hat sich die DGSP gegen Lockerungen der bisherigen Regelung positioniert und den Ausbau präventiver Maßnahmen in der Versorgung Sterbender und der Suizidprophylaxe gefordert.

Unsere Position zu den Gesetzesvorhaben Bundesteilhabegesetz, Neue Entgeltregelung für die psychiatrischen Krankenhäuser und die Novellierungen der Psychisch Kranken Gesetze in den Bundesländern bestimmte die Diskussion im Geschäftsführenden und Erweiterten Vorstand der DGSP. Dabei gab es zum Teil auch kontroverse Debatten in der Bewertung der Auswirkung der Gesetzesvorhaben und bei der Formulierung von Positionen. All dies macht unsere lebendige Vereinskultur deutlich: Die zahlreichen Mitglieder, die sich mit ihrer Meinung und ihrer Expertise einbringen und auch in den Fachausschüssen und Arbeitskreisen, in der Stiftung und in den Landesverbänden beteiligen, die Landesverbände, die sich in ihren Bundesländern mit speziellen Themen befassen und diese Diskussionen wieder in den Vorstand tragen, sind so etwas wie das Grundgerüst der DGSP. Nicht zu vergessen die Redaktionsmitglieder, die dafür sorgen, dass unsere „Soziale Psychiatrie“ ein gerne gelesenes, interessantes Forum für fachliche, persönliche und sozialpolitische Informationen ist. Dafür gebührt allen ein herzliches Dankeschön für das ehrenamtliche Engagement!

Ohne die enge Vernetzung mit unserer Geschäftsstelle wäre diese Arbeit nicht zu stemmen gewesen. Hier laufen die Fäden zusammen, halten Richard Suhre, Michaela Hoffmann, Birgit Appelhans, Anke und Sonja Kirchner die Stellung und arbeiten auch die ausgefallenen Wünsche des Geschäftsführenden Vorstandes mit Geduld und Zuversicht ab. In den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Redaktion gab es Veränderungen: Shirin Moghaddari hat den Bereich der Öffentlichkeits- und Pressearbeit der ausgeschiedenen Dörthe Staudt übernommen. Sie wird in der Redaktion mitarbeiten und sich auch mit unserem Auftritt in den Sozialen Netzwerken beschäftigen. Thomas Müller (Durchblick e.V., Leipzig) wird zukünftig als verantwortlicher Redaktionsleiter die Herausgabe der Verbandszeitschrift "Soziale Psychiatrie" sicherstellen. Michaela Hoffmann kann so den Stab übergeben. Die Elemente Kontinuität und Innovation sollen auch in Zukunft die Arbeit der DGSP bestimmen. Auch

die Arbeit im Bereich der Fortbildungen, welche von der DGSP so erfolgreich betrieben wird und die Weitergabe unserer sozialpsychiatrischen und fachlichen Grundsätze mit ermöglicht, kann mit dem Team der Geschäftsstelle weiter sichergestellt werden. Eine weitere Veränderung ist die vorgesehene Besetzung einer Assistenz der Geschäftsführung, die aktuell im Verfahren ist.

Die DGSP ist aktiv in Verbänden, Gremien und Allianzen. Neben unserer Mitarbeit im Kontaktgespräch Psychiatrie (Verbändernetzwerk), sind wir in zahlreichen Gremien vertreten:

Aktionsbündnis Seelische Gesundheit (Günther Stork), UN-BRK Allianz (Patrizia di Tolla), Mental Health Europe (Christa Widmaier-Berthold), der Paritätische (Thomas Bader) und Bundesweites Netzwerk Sozialpsychiatrischer Dienste (Constantin v. Gatterburg). Josef Schädle war über mehr als zwei Jahrzehnte unser Delegierter bei unserem Dachverband „DER PARITÄTISCHE“. Dafür danken wir Josef. Ab Frühjahr 2016 nimmt Thomas Bader dankenswerterweise diese wichtige Vernetzungsaufgabe wahr.

Erwähnenswert ist auch, dass es nach jahrelanger Funkstille zwischen der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) und der DGSP im Rahmen mehrerer Treffen zu einem konstruktiv-kritischen Austausch gekommen ist, der auch fortgesetzt werden soll.

Unsere „Stiftung für Soziale Psychiatrie“ hat mit der Verleihung des Stiftungspreises an die Bremer Initiative „Blaue Karawane“ für das Bauprojekt „BlauHaus“ in diesem Jahr sicherlich den Kern unserer Botschaft getroffen. Ausgezeichnet werden sollte ein sozialpsychiatrisches Projekt, das inklusiv, innovativ und zukunftsweisend ist. Besonders letzteres trifft in außerordentlichem Maße auf das Bauprojekt „BlauHaus“ zu, weil es im Stadtteil inklusives Wohnen und Leben voranbringt. Christian Nieraese sei an dieser Stelle ein ganz großer Dank für die ehrenamtliche Geschäftsführung ausgesprochen. Er setzt sich unermüdlich und mit viel Herzblut für die Stiftung ein und bringt immer wieder tolle Ideen für kulturpolitische Veranstaltungen zur Umsetzung (siehe auch das Rahmenprogramm der Jahrestagung 2016 in Berlin).

Neben dem Stiftungspreis setzt auch der Forschungspreis Akzente: Unser Einsatz für eine nicht-interessengeleitete Forschung wird durch seine zweijährig stattfindende Verleihung eindrucksvoll untermauert.

Zu guter Letzt soll nicht unerwähnt bleiben, dass es durch die Initiative von Heinz Kammeier gelungen ist, im Bereich Forensik neben dem Aufbau eines sehr aktiven Fachausschusses auch verschiedene Veranstaltungen durchzuführen und Stellungnahmen zu aktuellen Gesetzesvorhaben zu fertigen. Wir können hier ganz wesentlich zur Diskussion für eine sozialpsychiatrische Ausrichtung der forensischen Psychiatrie beitragen und der von sicherheitsrelevanten Aspekten dominierten öffentlichen Debatte unsere Perspektive entgegensetzen.

Es lohnt sich, bei der DGSP mitzumachen – sozialpolitisch aktive Menschen können hier viel mitnehmen für ihren psychiatrischen Alltag.

In diesem Sinne wünschen wir auch dem neuen Geschäftsführenden und Erweiterten Vorstand viel Kraft und Ausdauer für die zukünftigen Herausforderungen.

*Friedrich Walburg
Vorstandssprecher der DGSP*

Sozial- und psychiatriepolitische Stellungnahmen der DGSP

Entgeltssystem Psychiatrie und Psychosomatik

Durch den gesamten Berichtszeitraum zieht sich das Thema der Einführung eines neuen Entgeltsystems in der Psychiatrie. Die DGSP hat sich mit eigenen Stellungnahmen hierzu zu Wort gemeldet bzw. in Kooperation mit anderen Verbänden Kritik an den Vorschlägen der Politik zu dem Pauschalisierten Entgeltssystem Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) geübt. In einem Schreiben an den zuständigen Minister Gröhe wurden nachfolgende Schritte eingefordert:

- die Einsetzung einer Expertengruppe zur Überarbeitung des Entgeltsystems in den Bereichen Psychiatrie und Psychosomatik und die Einbindung alternativer, sektorenübergreifender und integrativer Behandlungsansätze in die weiteren Überlegungen,
- der sofortige Stopp der Umsetzung des PEPP.

Die DGSP hat eine Petition der Nürnberger Selbsthilfe-Initiative Pandora unterstützt, die eine Abschaffung von PEPP forderte. Im Verbund mit anderen Fachverbänden fand am 14.7.2014 in Berlin die Veranstaltung „Weg mit PEPP“ statt. Auch hier wurde zum wiederholten Male die Einbindung von Experten in die Debatte gefordert. Es wurde klargestellt, dass Maßstäbe für Versorgungsqualität entscheidender sind als die Orientierung an Zeiteinheiten. Milieu und Beziehung müssen in einem neu zu entwickelnden System beschrieben und abgebildet werden können, notwendige Rahmenbedingungen, wie etwa Zeit, Konstanz und Kontinuität, müssen gewährleistet sein. Auch bei weiteren Fachveranstaltungen und Foren zum Thema PEPP haben sich die DGSP bzw. ihre Mitglieder eingebracht. Zahlreiche Proteste und Stellungnahmen aus einem breiten Bündnis heraus haben dazu geführt, dass der Gesundheitsminister zu Beginn des Jahres 2016 ein Abrücken der Politik von PEPP bekanntgegeben hat. Nun gilt es, den neuen Gesetzesvorschlag von Mai 2016 mit dem Titel „Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) gründlich zu prüfen, denn es ist zu befürchten, dass Inhalte von „PEPP“ durch die Hintertür in das neue Gesetz übertragen werden. Sollte sich dieser Verdacht bewahrheiten, müssen abermals im Rahmen eines breiten Bündnisses Proteste gegen die Gesetzesinitiative mobilisiert werden.

Forensik – Forderungen an eine Reform von Recht und Durchführung der psychiatrischen Maßregel nach § 63 StGB

Die DGSP sieht die bei gleichzeitig ansteigender Verweildauer immer weiter wachsende Anzahl von Menschen, die im Maßregelvollzug untergebracht sind, sehr kritisch und drängt auf die Veränderung dieser Entwicklung. Die Vorstellungen hierzu im Einzelnen:

- Der Maßregelvollzug soll nicht ausschließlich in einem Krankenhaus erfolgen:
Eine Reform der psychiatrischen Maßregel hat in erster Linie zum Ziel, die Zentrierung und Fokussierung allein auf die bauliche und organisatorische Struktur des psychiatrischen Krankenhauses zu beenden.
- Maßregelvollzug als Sozialpsychiatrie:
In die künftige Neuausrichtung der psychiatrischen Maßregel nach § 63 StGB ist die gesamte Breite und Palette der zur Verfügung stehenden sozialpsychiatrischen Versorgungs- und Kontrollmöglichkeiten, möglichst in einem gemeindepsychiatrischen Verbund, einzubeziehen.
- Krankenhausunterbringung nur soweit zwingend erforderlich:
Dabei wird das psychiatrische Krankenhaus als „Krankenhaus des Maßregelvollzugs“ seinen Platz für diejenigen behalten (müssen), die genau einer forensisch-psychiatrischen stationären Krankenhaus-Behandlung, verbunden mit einer entsprechenden Sicherung, bedürfen. In einem solchen Maßregelvollzugskrankenhaus sind sowohl hochgesicherte, geschlossene als auch offene Stationen vorzusehen.

■ Ambulanzen im Vollzug nicht in der Nachsorge:

Andere mit der psychiatrischen Maßregel belegte Personen sind durch bestimmte Einrichtungen und Dienste, wie sie auch der allgemein-psychiatrischen Versorgung zur Verfügung stehen, sowie durch spezialisierte Forensisch-Psychiatrische (dann nicht mehr: „Nachsorge“-)Ambulanzen zu betreuen und in einem an ihrer weiteren Gefährlichkeit orientierten Maß auch zu kontrollieren. Im Zusammenhang mit dem konkreten Gesetzgebungsverfahren zur Veränderung des § 63 hat die DGSP weitere Stellungnahmen gegenüber den entscheidenden Stellen abgegeben.

Regelmäßige Berichte zur Lage der Psychiatrie

Hierzu hat die DGSP im Frühjahr 2014 eine Initiative in Richtung Politik gestartet. Hintergrund dieser Forderung sind die zahlreichen Mängel, die wir in der Gestaltung und dem Ausbau der psychiatrischen Versorgung feststellen. Die Aufforderung an die Gesundheitspolitiker im Bund, sich für eine regelmäßige Berichterstattung stark zu machen, blieb bisher ohne Reaktion. Da uns dieses Anliegen überaus wichtig erscheint, werden nunmehr die psychiatrischen Partnerverbände um Unterstützung bei diesem Anliegen angefragt.

Reform der Eingliederungshilfe – Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes

Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfe herausführen, war das Ziel der Regierungskoalition, das mit der Einführung eines Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erreicht werden sollte. Der Gesetzesentwurf zum BTHG bleibt – trotz eines umfassenden Beteiligungsverfahrens der Vertreter*innen von Selbsthilfeorganisationen – weit hinter den Erwartungen zurück. Gegen den Gesetzesentwurf hat die DGSP in einer ausführlichen Stellungnahme Kritik formuliert, die insbesondere die Belange der schwer psychisch beeinträchtigten Menschen aufgreift. Folgende Regelungsbereiche sind demnach dringend verbesserungsbedürftig:

- Behinderungsbegriff und leistungsberechtigter Personenkreis
- Ermittlung des Bedarfs und Hilfeplanung
- Leistungskatalog zu Leistungen der sozialen Teilhabe
- Leistungen zu Teilhabe am Arbeitsleben
- Unabhängige Beratung

Durch die Regelungen des vorliegenden Entwurfes sieht die DGSP die Gefahr, dass sich die Situation der Menschen mit schweren psychosozialen Beeinträchtigungen im Sinne der UN-BRK nicht verbessern sondern verschlechtern könnte und dass diese Menschen verstärkt von Exklusion bedroht werden.

Unabhängige Patientenberatung Deutschland

Gegen die Abschaffung der bewährten unabhängigen Patientenberatung, die durch ein zentrales Callcenter in Trägerschaft eines privaten Dienstleisters ersetzt werden soll, hat die DGSP kritisch Stellung bezogen und dies dem zuständigen Minister mitgeteilt. Der beauftragte Dienstleister zeichnet sich durch eine besondere Nähe zu den Krankenkassen und zur Pharmaindustrie aus, sodass die nach § 65 b SGB V sicherzustellende Unabhängigkeit gefährdet erscheint.

Stellungnahme zum Thema Sterbehilfe

Zu der im Jahr 2015 geführten Debatte zur Änderung der Gesetzgebung bezüglich der Sterbehilfe hat sich die DGSP für die Beibehaltung der gültigen rechtlichen Regelung ausgesprochen. Statt einer Änderung der Gesetzeslage fordert die DGSP

- den Ausbau von suizidpräventiven Maßnahmen (Struktur, Personal) in der psychiatrischen und der allgemeinmedizinischen Versorgung
- die Konzeptionierung und Durchführung von Maßnahmen zur weiteren Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen und die Bereitstellung von Hilfsangeboten bei Suizidgefährdung
- den Ausbau der Hilfen für Schwerstkranke auf struktureller wie personaler Ebene (Weiterbildung von ÄrztInnen und Pflegekräften in der Palliativversorgung)

- den Ausbau und die Verbreitung von Informationen zu Behandlungsmöglichkeiten bei schwersten Erkrankungen, insbesondere zu den Möglichkeiten der Palliativmedizin
 - den Ausbau und die Absicherung von Hospizen und ambulanter Sterbebegleitung sowie der notwendigen und bedarfsgerechten ambulanten wie stationären Hilfen für alte und demenzerkrankte Menschen
 - den Ausbau der Betreuung und Begleitung von Hinterbliebenen nach Suizid
 - den Wandel der Haltung der Gesundheits- und Sozialpolitik (positives Verständnis der sozialstaatlichen Verpflichtung)
- Vor dem historischen Hintergrund und insbesondere der Verwicklungen der Psychiatrie in die Patientenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus sieht sich die DGSP in der besonderen Pflicht, gesellschaftlichen Tendenzen oder Entwicklungen Einhalt zu gebieten, die das Lebensrecht grundsätzlich und insbesondere von schutzwürdigen Personen in jedweder Form in Frage stellen. Gleichzeitig ist in den Bemühungen zur Erreichung und Sicherung einer qualitativ guten und umfänglichen Behandlungs- und Versorgungssituation kranker, hilfs- und schutzbedürftiger Menschen auf persönlicher, institutioneller wie auch auf gesellschaftlicher Ebene nicht nachzulassen.

Positionspapier zur psychiatrischen und psychosozialen Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden

In einem Positionspapier hat sich die DGSP mit der besonderen Verpflichtung der psychiatrischen und psychosozialen Hilfesysteme gegenüber dem Hilfebedarf von Flüchtlingen und Asylsuchenden auseinandergesetzt. In dem Papier werden angesichts der komplexen Problemstellung zehn Anforderungen für einen würdevollen Umgang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen aus sozialpsychiatrischer Sicht benannt. Angesprochen wird u.a. das Recht auf Zugang zu medizinischen Leistungen, das Erfordernis eines kultursensiblen Umgangs mit den Menschen, die Gefahr der Psychiatrisierung aber auch die besondere Belastung und Herausforderung der professionellen Helfer*innen.

Resolution gegen die Verschärfung des Asylrechts

Im Rahmen der DGSP-Jahrestagung 2015 in Trier wurde durch die Tagungsteilnehmer*innen eine Resolution gegen die Verschärfung des Asylrechts verabschiedet, in der unter anderem die Aushöhlung des Krankheitsbegriffs bei Traumafolgestörungen kritisiert wird. Auch die Unterscheidung zwischen körperlich und seelisch kranken Menschen weckt Zweifel an grundlegenden Kompetenzen der Verantwortlichen. Fundamentale Erkenntnisse der Medizin und Kernaussagen des Grundgesetzes werden angesichts von organisatorischen Herausforderungen einem populistischen Kalkül geopfert, so der Text der Resolution weiter.

Reform des Pflegeberufs

In der Stellungnahme zur Reform des Pflegeberufes wird begrüßt, dass durch die beabsichtigte Regelung der Pflege mehr Bedeutung beigemessen und ihr Rang als eigenständiger Beruf aufgewertet wird. Auch die Möglichkeit der „primärqualifizierenden Pflegeausbildung“ an Hochschulen wird sehr begrüßt. Kritisiert wird die vorgebliche Gleichwertigkeit von Hochschulabsolventen und Absolventen einer nicht-akademischen Ausbildung, womit wieder eine Sondersituation für die Pflege geschaffen würde.

Zweites Pflegestärkungsgesetz

In der Stellungnahme zum zweiten Pflegestärkungsgesetz wird die Abwendung von „Grund- und Behandlungspflege“ hin zu der Begrifflichkeit „pflegerische Maßnahme“ begrüßt. Ebenso wird der neue Pflegebegriff positiv bewertet: Hier ist nun von „Beeinträchtigungen der Fähigkeiten“ die Rede. Es wird empfohlen, statt der Einteilung in Pflegegrade oder -stufen von Tagespflegepauschalen

auszugehen, wobei die Einstufung im Rahmen eines Assessmentverfahrens von Pflegeexpert*innen durchzuführen ist.

Stellungnahme zur Pressemitteilung des „Aktionsbündnisses Seelische Gesundheit“

Das „Aktionsbündnis Seelische Gesundheit“ hat am 26.1.2016 unter der Überschrift „Psychopharmaka – Fluch oder Segen“ eine Pressemitteilung herausgegeben, die im Rahmen des Themendienstes informieren und aufklären soll.

Diese Pressemitteilung verletzt nach Einschätzung der DGSP Grundsätze guter Information und Aufklärung. Alle Psychopharmaka haben Wirkungen – und Nebenwirkungen –, deshalb muss in jedem Einzelfall eine Bewertung in einer partizipativen Entscheidungsfindung zwischen Patient und Arzt erfolgen. Die Pressemitteilung bietet keinen wissenschaftlichen Hintergrund zur Diskussion über Vor- und Nachteile des Einsatzes von Psychopharmaka. Stattdessen enthält sie pauschalierende Aussagen und suggestive Behauptungen und unvollständige Informationen. Insgesamt wirkt dieser Text stigmatisierend und trägt zur Verunsicherung bei. Diese Kritik wurde an Prof. Dr. Gaebel als Vorsitzenden des Aktionsbündnisses gesandt.

Stellungnahme der DGSP zur Teilnahme an Reduktionsstudien von Neuroleptika

In dieser Stellungnahme wird die Durchführung von wissenschaftlichen Studien zur Reduktion von Neuroleptika – insbesondere bei Personen mit Psychoseerfahrung – begrüßt. Nur mithilfe von Studien kann die wissenschaftliche Grundlage für dringend notwendige Veränderungen in der Behandlung und Begleitung von Menschen mit psychischen Störungen geschaffen werden. Solche Studien liefern entscheidende Argumente in der Auseinandersetzung für eine medikamentenärmere und psychosozial reichere Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen. In der Stellungnahme werden Kriterien benannt, die Teilnehmer*innen solcher Studien im Sinne ihrer Sicherheit beachten sollten.

Die vorgenannten und weitere Stellungnahmen finden Sie auf der Website der DGSP unter: www.dgsp-ev.de/stellungnahmen

Veranstaltungen und Tagungen

Folgende Veranstaltungen und Tagungen wurden durch die Bundes-DGSP bzw. mit Unterstützung der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt:

Regelmäßige Kooperationsveranstaltungen

Die jährlich regelmäßig am ersten Samstag im September in Berlin-Mitte, Tiergartenstr. 4, stattfindenden Mahn- und Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Erbgesundheitsgesetze des Nationalsozialismus werden von der DGSP unterstützt und mitveranstaltet.

Die DGSP veranstaltet mit dem Kooperationspartner Netzwerk Sozialpsychiatrische Dienste alle zwei Jahre eine bundesweite Tagung mit dem Titel "Segel setzen" in Hannover.

Die Tagung richtet sich an Mitarbeiter*innen Sozialpsychiatrischer Dienste und dient dem Erfahrungsaustausch und der (Weiter-) Entwicklung fachlicher Standards für die Arbeit der sozialpsychiatrischen Dienste.

Im Jahr 2014

■ Fachtag Sucht

Der 5. Gemeinsame Fachtag Sucht – „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“ fand am 6.3.2014 in Nürnberg statt. Am Folgetag wurde der 3. gemeinsame Intensivworkshop Sucht durchgeführt. Diese Veranstaltungsreihe wird in Kooperation mit dem Betreuungsgerichtstag (BGT) e.V., der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) e.V. und dem DBH e.V. – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik organisiert.

■ Tagung zu Ehren von Niels Pörksen

Am 10.4.2014 fand zu Ehren von Niels Pörksen, der am 12.2. 80 Jahre alt wurde, im Zeughaus der Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim ein Symposium statt, das als konzentriertes Seminar die deutsche Psychiatriegeschichte bzw. die Verbandsgeschichte der DGSP in den Fokus nahm. Alte Weggefährter*innen von Niels berichteten über die Einführung der Gemeindepsychiatrie in Mannheim, die zu dieser Zeit einmalig in der BRD war. Der Geist jener Tage war im Tagungsraum spürbar und es wurde deutlich, dass es diese Kraft auch heute noch zur weiteren Humanisierung der Psychiatrie braucht.

■ Jahrestagung 2014

Die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. fand vom 13. bis 15.11.2014 in Bremen statt. Der Titel der Veranstaltung lautete: „Sozialpsychiatrische Grundhaltung: für Selbstbestimmung und die Vermeidung von Zwang“. Im thematischen Mittelpunkt stand die sozialpsychiatrische Grundhaltung als Basis psychiatrischen Handelns. Diesen Ansatz galt es zu prüfen und ihn auch als qualitativen Maßstab für eine Bewertung der gegenwärtigen und zukünftigen psychiatrischen Versorgung anzulegen. Im Vorfeld dieser Veranstaltung fand ein sehr gut besuchtes Symposium zur Frage der Psychopharmaka-Anwendung statt.

■ Fachtagung Betreutes Wohnen

In Kooperation mit der RGSP e.V. und der Arbeitsgemeinschaft Psychiatrie im Rheinland e.V. veranstaltete die DGSP am 3.12.2014 in Köln eine Fachtagung mit dem Titel: „10 Jahre face to face – eine Schadensmeldung? Ambulant Betreutes Wohnen für psychisch kranke Bürger“.

Die Veranstaltung bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, zehn Jahre Erfahrung mit der Fachleistungsstunde im Betreuten Wohnen für psychisch erkrankte Bürger zu bilanzieren. Ziel der Tagung war es, einerseits den positiven und bemerkenswerten Ausbau des Betreuten Wohnens in NRW zu würdigen, andererseits aber auch die Folgen der Ökonomisierung und des Entgeltsystems für Klient*innen und Mitarbeiter*innen kritisch zu beleuchten.

Im Jahr 2015

■ Fachtag Arbeit

Unter dem Titel „Ich arbeite!“ fand der 4. Fachtag Arbeit der DGSP am 12.3.2015 in der Fachhochschule Erfurt statt. Diese Tagung bot Raum, um die aktuelle Situation zu diskutieren und über neue Entwicklungen zu informieren. Es wurden modellhafte Beispiele präsentiert, wie und wo das Recht auf Arbeit umgesetzt werden kann. Beispiele sind Arbeitsplätze in Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes (u.a. Integrationsunternehmen), Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) – oder aber niedrigschwellige Zuverdienstmöglichkeiten in unterschiedlichen Formen und Zusammenhängen.

■ Rheinischer Fachtag ADHS

Die Deutsche und die Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie veranstalteten in Kooperation mit dem Kreis Viersen am 21.5.2015 im Kreishaus Viersen den rheinischen Fachtag zum Thema ADHS. Wie der Tagungstitel „Kinder und Jugendliche mit ADHS – eine Herausforderung für Erziehungs- und Lehrpersonen“ verdeutlicht, stellten Erziehungs- und Lehrpersonen im Vorschul- wie im Schulbereich die Zielgruppe der Veranstaltung dar.

■ Fachverband trifft auf Hochschule

„Überleben in der psycho-sozialen Arbeit“ lautete der Titel einer gemeinsamen Tagung der DGSP, des DGSP-Landesverbandes Hessen und der Hochschule Darmstadt, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Soziale Arbeit, die am 19. und 20.5.2015 in Darmstadt stattfand. Im Rahmen dieser Tagung wurden einzelne Arbeitsbereiche und Arbeitssituationen betrachtet und nachgefragt, wie sich das ökonomische Effizienzdenken auf die professionelle Haltung auswirkt und wie unter diesen Bedingungen sozialpsychiatrische Arbeit fachlich hochwertig zu leisten ist. Die Tagung hatte auch das Ziel, den Kontakt zwischen Studierenden und langjährigen Praktiker*innen zu fördern.

■ Forensik-Tagung

Am 27.5.2015 fand unter Federführung der DGSP das gemeinsam von den Verbänden im Kontaktgespräch Psychiatrie durchgeführte „Forensik Symposium – Psychiatrische Maßregel und Gemeindepsychiatrie“ in Berlin statt. Im Mittelpunkt standen die aktuellen gesetzlichen Veränderungen des Maßregelrechts.

■ Jahrestagung 2015

Die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. mit dem Titel „Ver-rücktes Europa. Menschenrechte wahren – Chancen und Herausforderungen“ fand vom 19. bis 21.11.2015 im ERA Conference Centre in Trier statt. Der Umgang der EU-Länder mit den Menschen, die vor Krieg und Krisen in ihren Heimatländern Schutz in Europa suchen, stellt auch die Psychiatrie vor die Aufgabe, sich hilfreich um die Menschen nach ihrer Flucht zu bemühen. Über diesen aktuellen Anlass hinaus bietet die unterschiedlich entwickelte und gestaltete Psychiatrie in den EU-Ländern für die Psychiatrie hierzulande Lernchancen: Teilhabe, Selbstbestimmung und Inklusion sind Themen, die auch auf europäischer Ebene diskutiert werden müssen. Aber auch die Frage, wie fachliche Aspekte sozialpsychiatrischen Handelns in die EU-Politik eingebracht werden können, galt es zu thematisieren. Hierzu bot das Programm der Tagung vielfältige Diskussionsmöglichkeiten an.

■ Expertenhearing: Was bedeuten Patientenrechte im Hinblick auf eine Neuroleptika-Verordnung?

Zu dieser Frage hatten am 26.10.2015 der DGSP-Vorstand und der DGSP-Fachausschuss Psychopharmaka Vertreter*innen aus Medizin, rechtlicher Betreuung, Anwaltschaft sowie der Angehörigen- und Psychiatrie-Erfahrenen-Bewegung nach Köln zu einem Expertengespräch eingeladen. Wie lassen sich die Forderungen aus dem Memorandum zur Anwendung von Neuroleptika der DGSP und die Vorgaben des Patientenrechtegesetzes in der Praxis tatsächlich umsetzen? – so die zentrale Fragestellung.

Deutlich wurde, dass die Position der Patient*innen in der Auseinandersetzung mit dem System Psychiatrie immer noch sehr mangelhaft ist und dass weiterhin verstärkt auf den unterschiedlichsten Ebenen Bewusstseinsarbeit zu leisten ist.

Im Jahr 2016

■ Fachtagung Flucht und Asyl

Am 15.2.2016 lud die DGSP zur Fachtagung „Flucht und Asyl. Psychiatrie in der Verantwortung – wie können wir Menschen nach der Flucht helfen?“ nach Frankfurt ein. Diese Frage bewegte viele psychosozial tätige Menschen und die schnelle Ausbuchung dieser kurzfristig durch die Bundesgeschäftsstelle organisierten Tagung ist als Hinweis auf den ‚Problemdruck‘ in den Handlungsfeldern der sozialen und gesundheitlichen Hilfen zu werten. Die Tagung bot den Teilnehmer*innen viele grundsätzliche Informationen und Anregungen zur konkreten Arbeit mit Menschen nach ihrer Flucht.

■ Fachtag Sucht

Der 6. Gemeinsame Fachtag „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“ und der 4. gemeinsame Intensivworkshop Sucht wurden am 8. und 9.4.2016 in Hamburg durchgeführt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Lebensbereich Wohnen, auf den eine Suchterkrankung massive Einflüsse nehmen kann. Im schlimmsten Fall kann die Sucht zum Verlust der Wohnung führen und die betroffenen Menschen in die Wohnungslosigkeit zwingen. Unter fachlichen Gesichtspunkten ist der Umgang mit der Gefährdung zu problematisieren. Ihr muss mit dem Angebot fachlicher Hilfen begegnet werden. Die Tagung und der anschließende Intensivworkshop bot hierzu ausreichend Gelegenheit. Die Veranstaltung fand in bewährter Kooperation nachfolgender Verbände statt: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) e.V., Betreuungsgerichtstag (BGT) e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) e.V., Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) e.V., Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik (DBH) e.V.

■ Thema Neuroleptika

Die Fachtagung „Psychose-Begleitung und Neuroleptika“ wurde am 3. und 4.6.2016 in Bad Honnef veranstaltet. Diese Tagung wurde inhaltlich durch den Fachausschuss Psychopharmaka gestaltet und informierte die Teilnehmer*innen über Möglichkeiten, in der Psychose-Begleitung und -Behandlung Neuroleptika möglichst niedrig zu dosieren und auf sie zu verzichten.

■ Jahrestagung 2016

Die Jahrestagung findet vom 6. bis 8.10.2016 in Berlin statt. Der Tagungstitel „Sozialpsychiatrie 40.0 – Nach der Reform ist vor der Reform“ bringt zum Ausdruck, dass 40 Jahre Psychiatriereform zu würdigen und vor allem zukunftsorientierte Überlegungen zur weiteren Entwicklung psychiatrischer Behandlung und Versorgung anzustellen sind. Das von der Berliner Vorbereitungsgruppe erarbeitete Tagungsprogramm bietet umfassend Gelegenheit, diese Auseinandersetzung sozialpsychiatrisch orientiert, also unter gesamtgesellschaftlicher Perspektive anzugehen.

Bericht der Schatzmeisterin

Nach § 8 der Satzung der DGSP ist durch die Schatzmeisterin alle drei Jahre am Ende der Amtszeit des geschäftsführenden Vorstandes ein Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Die vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Dipl. Kfm. Klaus Reinhard und Dipl. Kfm. Hartmut Fuchs haben die Berichte der Jahresabschlüsse bis einschließlich 2013 vorgelegt. Es wurde der Steuerberater gewechselt und der Jahresabschluss 2014 wurde von den Steuerberatern Minartz und Bundt, Partnerschaft Köln vorgelegt. Die Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse wurde bestätigt. Der Jahresabschluss 2015 liegt zur Drucklegung des Geschäftsberichtes der DGSP noch nicht vor. Aus den betriebswirtschaftlichen Auswertungen sind keine wesentlichen Abweichungen von den Haushaltsplanungen und den Vorjahren zu erkennen. Risiken bestehen zurzeit nicht.

Der Aufwand im Bereich der ideellen Tätigkeiten des Vereins ist im Wesentlichen durch die Personalausgaben bestimmt. Die Personalkosten sind in den zurückliegenden Jahren gestiegen. Diese sind im Wesentlichen durch die Beendigung der Tätigkeit von Beschäftigten und der Gestaltung von Übergangszeiten sowie durch die Schaffung einer befristeten Halbtagsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit entstanden.

In 2016 werden ausgehend von der Beendigung der Tätigkeit von Michaela Hoffmann zum Ende des Jahres und der Gestaltung der Übergabe der Arbeit zusätzliche Personalkosten entstehen. Darüber hinaus wurde zur Bewältigung des Arbeitsaufkommens in der Geschäftsstelle eine studentische Hilfskraft eingestellt. Diese zusätzlichen Personalkosten wurden mit einer Entnahme aus den Rücklagen gedeckt.

Die Erträge des Vereins setzen sich im Wesentlichen aus den Mitgliedsbeiträgen und den Einnahmen im Fortbildungsbereich zusammen.

Die DGSP hatte zum 31.12.2013 1954 Mitglieder. Bis Mitte 2016 war die Entwicklung der Mitgliederzahlen stabil. Ein negativer Trend ist noch nicht zu erkennen, aber aufgrund der Altersstruktur der Mitglieder zu befürchten.

Die Nachfrage nach Fortbildungen ist nach wie vor sehr gut. In diesem Bereich sind zurzeit keine Risiken für die Erträge zu erkennen. In dem Berichtszeitraum haben sich jeweils Jahresüberschüsse ergeben, die den Rücklagen zugeführt wurden. Durch diese Rücklagen ist die DGSP auch für zukünftige Entwicklungen gut aufgestellt.

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum eine umsichtige Haushaltsplanung umgesetzt und ist verantwortungsvoll und sparsam mit den Mitteln des Vereins umgegangen.

Der Vorstand dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die engagierte und verantwortungsbewusste Arbeit.

*Schatzmeisterin:
Christel Achberger*

Bericht der Kassenprüfer

Vorliegende Unterlagen:

Jahresabschluss 2013, 2014 und Saldenübersicht 2015, Summen-Saldolisten 2013 und 2014, alle Konten und alle Originalbelege, zusätzlich ein Gespräch über die Finanzeinschätzung der letzten beiden Jahre mit Birgit Appelhans und Richard Suhre.

Ergebnis

Es ergibt sich wie bei der letzten Kassenprüfung eine ausgeglichene Bilanz, wobei die Entwicklung als positiv zu bezeichnen ist. Insgesamt sind die GeschäftsstellenmitarbeiterInnen und der geschäftsführende Vorstand im überprüften Zeitraum verantwortungsvoll, sparsam und satzungsgemäß mit den zur Verfügung stehenden Geldern umgegangen.

Veränderungen und Entwicklungen aus der Sicht der Kassenprüfer

- Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin leicht rückläufig.
- Die Zahl der institutionellen Mitglieder gestaltet sich stabil.
- Die finanzielle Basis der DGSP setzt sich weiterhin aus den Mitgliedsbeiträgen und aus den Erlösen der Fortbildungen zusammen. Wobei zunehmend die Erträge aus den Fortbildungen das finanzielle Fundament bilden.
- Bei den längerfristig andauernden Fortbildungsangeboten wie der SPZA, ist die Teilnehmerzahl pro Kurs rückläufig. Somit ist eine generelle Einbuße des Überschusses eingetreten. Die Kurzfortbildungen verzeichnen weiterhin einen Anstieg und eine größere Teilnehmerzahl. Diese Erlöse stellen ein wichtiges Standbein der DGSP dar.

In den nächsten Jahren stehen personelle Veränderungen in der Geschäftsstelle an, die zunächst für den reibungslosen Übergang einen höheren Aufwand erforderlich machen. Im Rückblick auf die letzten Jahre muss erwähnt werden, dass die Geschäftsstelle nur sehr geringe Kostensteigerungen verursacht hat.

Soweit es im Rahmen einer Prüfung durch Stichproben möglich ist, wird hiermit die ordnungsgemäße Verwendung der Vereinsgelder im Sinne der Zielsetzung und Satzung der DGSP bescheinigt.

Die Kassenprüfer stellen fest, dass die finanziellen Ressourcen im Prüfungszeitraum gezielt eingesetzt wurden und sehr sparsam gewirtschaftet worden ist.

Die Prüfung wurde durch die Kassenprüfer am 25.7.2016 durchgeführt.

Kassenprüfer:

Ruth Vogel, Karl Ziegler

Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle

In der DGSP-Bundesgeschäftsstelle in Köln werden alle wesentlichen Aktivitäten des Bundesverbandes gebündelt. Zu dem umfassenden Aufgabenspektrum gehören unter anderem:

- Information und Koordination zwischen Vorstand, Landesverbänden, Fachausschüssen/Arbeitskreisen
- Vor- und Nachbereitung von und Teilnahme an den Sitzungen des erweiterten und des geschäftsführenden Vorstands
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen zu psychiatriepolitischen Themen
- Inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von DGSP-Tagungen und deren Durchführung; Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsgruppen vor Ort und kooperierenden Verbänden; Programmstellung und Öffentlichkeitsarbeit; Organisation des Tagungsbüros vor Ort; Finanzierungsplanung und Abrechnung. In den letzten Jahren hat die Anzahl der DGSP-Tagungen deutlich zugenommen und zu einem Zuwachs des Arbeitsaufwandes geführt.
- Herausgabe der Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“, Redaktionsleitung und Herstellung; Koordination mit der ehrenamtlich tätigen Redaktionsgruppe; Vorbereitung und Leitung der Redaktionsitzungen; Anzeigenakquisition; Kontakte zu Verlagen und Zeitschriften; Aboverwaltung.
- Inhaltliche Planung/Weiterentwicklung und organisatorische Abwicklung zahlreicher DGSP-Fortbildungen, wie z.B. der Weiterbildungen: Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA), Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter, Weiterbildung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (FAB), Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern, Traumazentrierte Fachberatung; Organisation und Durchführung von Beiratssitzungen der Weiterbildungen, DGSP-Kurzfortbildungen, Mitarbeit im Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP und weiteren Fachausschüssen.
- Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Medien, Broschüren etc.) und Gremienarbeit (DPWV, diverse Arbeitskreise); Info-Tische bei Veranstaltungen
- Verwaltungsaufgaben/Finanzen: Mitgliederverwaltung, Sekretariatsaufgaben; Haushaltsplanung und -abrechnung; Abrechnung sämtlicher Fortbildungen; umfangreicher Informationsdienst durch Posteingang/Postausgang sowie Telefon.

Die DGSP-Geschäftsstelle stellt für viele psychiatrisch tätige, interessierte oder betroffene Menschen einen wichtigen Informationspool dar. Zahlreiche Anfragen erreichen uns täglich telefonisch oder per E-Mail. Das Themenspektrum reicht von Fragen zu den DGSP-Fortbildungsangeboten, zu Konzeptfragen und Versorgungsangeboten über Einschätzungen zu psychiatriepolitischen Themen (insbesondere seitens der Medien) bis hin zu verbandsinternen Themen und Belangen sowie Beratungsanfragen von hilfe- und ratsuchenden Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen.

Personalsituation

In der DGSP-Geschäftsstelle arbeiten zurzeit vier fest angestellte MitarbeiterInnen in Vollzeit und eine weitere Mitarbeiterin mit einem Stundenumfang von 28 Wochenstunden. Zusätzlich ist eine studentische Hilfskraft im Verwaltungsbereich beschäftigt. Unsere ehemalige Kollegin Heidemarie Helfrich unterstützt uns jetzt aus ihrem Ruhestand heraus im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung. Die Mitarbeiter*innen:

- Richard Suhre (Dipl.-Sozialarbeiter) ist Geschäftsführer. Seine Hauptaufgabenbereiche sind unter anderem Geschäftsführungs-

aufgaben, die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von ca. drei bis vier Tagungen im Jahr, die Begleitung und Weiterentwicklung der zahlreichen mittel- und langfristigen DGSP-Fortbildungsangebote sowie Koordinations- und Gremienarbeit, Finanzen, Beantwortung der auflaufenden Anfragen.

- Michaela Hoffmann (Dipl.-Sozialarbeiterin/Dipl.-Politologin) ist stellvertretende Geschäftsführerin. Zu ihrem Aufgabengebiet gehören unter anderem: inhaltliche Gestaltung, Redaktionsleitung und Herausgabe der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“; inhaltliche und organisatorische Planung der sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen und die Erstellung des Programms; Koordinations- und Gremienarbeit; allgemeine Geschäftsführungsaufgaben.
- Birgit Appelhans, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist verantwortlich für die Mitgliederverwaltung, allgemeine Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben, Finanzverwaltung, Verwaltung der Kurzfortbildungen.
- Anke Kirchner, Kauffrau und Verwaltungskraft, ist hauptsächlich für den DGSP-Fort- und Weiterbildungsbereich zuständig.
- Sonja Kirchner, arbeitet seit Januar 2015 als studentische Hilfskraft in der Geschäftsstelle.
- Dörte Staudt hat die DGSP-Geschäftsstelle zu Ende August 2015 verlassen. Sie war zuständig für die Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Verbands.
- Shirin Moghaddari nimmt diese Aufgabe und die teilweise Mitarbeit in dem redaktionellen Bereich der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ seit dem 1. April dieses Jahres wahr. Sie ist Mag. Soziologin und hat ein Volontariat beim Mabuse-Verlag gemacht. Dabei lernte sie das redaktionelle Handwerkszeug sowie gesundheits- und sozialpolitische Debatten und Strukturen kennen.

Sonstiges

Das solide ausgebaute Weiterbildungsprogramm benötigt zur qualitativ guten Abwicklung einen hohen Verwaltungsaufwand und bindet somit einen großen Teil des vorhandenen Personals.

Die Broschüren „Memorandum zur Anwendung von Neuroleptika“, „Eine Generation wird krankgeschrieben“ und „Neuroleptika reduzieren und absetzen“ finden viel Beachtung und wurden zum Teil mehrfach nachgedruckt.

Mit Unterstützung von Shirin Moghaddari und einer Gruppe an Öffentlichkeitsarbeit interessierten Kolleg*innen soll die öffentliche Präsenz der DGSP im Rahmen der Öffentlichkeits- und Pressearbeit verbessert werden. Für Mitglieder und an der Arbeit der DGSP interessierte Personen wurde ein Newsletter entwickelt und eingeführt. Dieser erscheint neben der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“ in kürzeren zeitlichen Abständen und informiert über aktuelle Ereignisse im Verband bzw. aus sozial- und gesundheitspolitischen Bereichen. Darüber hinaus stellt die DGSP tagesaktuelle Informationen auf der DGSP-Facebook-Seite zur Verfügung.

Eine finanzielle Unterstützung der von der DGSP angebotenen Fachtagungen findet – wenn überhaupt – nur sporadisch und dann in einem geringfügigen Umfang statt. Dies stellt eine große Herausforderung bei der Veranstaltungsplanung dar und erfordert intensive Suche nach kreativen und kooperativen Lösungen.

Dank der solidarischen Haltung auf Seiten der Referent*innen und anderer Beteiligter sowie der vielfältigen Kooperationen zum Beispiel mit Hochschulen und befreundeten Verbänden ist es bislang gelungen, die Veranstaltungen auch ohne staatliche Unterstützung durchzuführen. Wir bemühen uns auch weiterhin, sozial verträgliche Eintrittspreise bei den DGSP-Tagungen zu ermöglichen.

*Für die DGSP-Geschäftsführung:
Richard Suhre*

Bericht der Stiftung für Soziale Psychiatrie

Es war in den zurückliegenden Jahren geübte Praxis, dass ich in den jeweiligen Mitgliederversammlungen der DGSP-Jahrestagungen sowohl schriftlich als auch mündlich über die Aktivitäten der Stiftung berichte. Ich werde deshalb die Jahre 2014 und 2015 nicht mehr so ausführlich in den Blick nehmen, sondern nur einige wichtige Ereignisse in Erinnerung rufen. Zum Rechenschaftsbericht einer abgeschlossenen Vorstandsperiode des geschäftsführenden Vorstandes der DGSP gehört aber schon eine lückenlose Berichterstattung aller Gremien und Ausschüsse – und dazu gehört eben auch die „Stiftung für Soziale Psychiatrie in der DGSP“.

Geschäftsführung

Im Dezember 2010 habe ich die Funktion des ehrenamtlichen Geschäftsführers der Stiftung Soziale Psychiatrie übernommen. Seitdem ist der Aufwand an Arbeit und Zeit beständig gewachsen. Die Geschäftsstelle der Stiftung ist ja bekanntermaßen ein Ein-Mann-Betrieb. Die gesamte Arbeit mit Aktenführung etc. findet in meiner Wohnung in Mannheim statt. In der Funktion des Geschäftsführers war und bin ich auch beteiligt an vielfältigen Aktivitäten der DGSP. So waren z.B. im Jahr 2014 parallel und gleichzeitig zwei Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen: Zum einen das Symposium aus Anlass des 80. Geburtstages von Niels Pörksen in den Reiss-Engelhorn-Museen in Mannheim am 10.4.2014, zum anderen der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5.5.2014 im Psychiatriemuseum in Leipzig. Über beide Veranstaltungen wurde ausführlich in der „Sozialen Psychiatrie“ berichtet. An dieser Stelle würde ich gern die Landesverbände der DGSP aufrufen, zusammen mit der Stiftung eine Kultur- oder Öffentlichkeitsveranstaltung z.B. im Rahmen des Europäischen Protesttages zu planen bzw. zu schauen, ob in den jeweiligen Landesverbänden psychiatrische Vereine oder ambulante Dienste/Zentren etc. sich bereit erklären, dabei mitzumachen. Um die Finanzierung würde ich mich im Auftrag der Stiftung kümmern. Die Aktion Mensch ist sehr daran interessiert, dass solche Veranstaltungen stattfinden.

Die Arbeit der Geschäftsstelle, also meine Arbeit, war überdies geprägt durch unterschiedliche Aktivitäten wie etwa die jährlichen Spendenaktionen mit unzähligen Spendenbriefen, Mails und zu verschickendem Infomaterial. Sehr aufwendig und zeitintensiv sind die Antragsverfahren bei der Aktion Mensch und die sich dann anschließenden Verwendungsnachweise, aber immerhin waren die Anträge in der Regel erfolgreich und wir konnten mit den Zuschüssen einmal jährlich gut besuchte und öffentlichkeitswirksame (Kultur-)Veranstaltungen finanzieren.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es im Jahr 2015 keine wesentlichen Veränderungen in der Geschäftsstelle der Stiftung. Wie jedes Jahr zum Jahresende erfolgte wieder eine sehr aufwendige Spendenaktion, die 3360,00 Euro einbrachte. Darin enthalten war eine zweckgebundene Spende von 1500,00 Euro für den Förderpreis der Stiftung vom Landesverband Hessen der DGSP. Der damit verbundene Wunsch des Landesvorstandes nach einer spürbaren Sogwirkung bei den anderen Landesverbänden ist leider nicht eingetreten. Dieser diskrete Hinweis kann aber ruhig als Erinnerung verstanden werden. Auch in diesem Jahr war ich an der Vorbereitung und Durchführung der Tagung „Überleben in der psychosozialen Arbeit“ in Kooperation mit der Hochschule Darmstadt beteiligt. Anders als einige andere fand ich, dass es eine gute und auch erfolgreiche Tagung war. Das wurde mir in vielen Gesprächen und Diskussionen mit Dozenten und Studenten – ich hatte an der Hochschule viele Jahre lang bis Ende 2015 einen Lehrauftrag – bestätigt.

Im selben Zeitraum fand auch die Planung der DGSP-Jahrestagung 2015 in Trier statt. Eine engagierte Vorbereitungsgruppe mit Richard Suhre an der Spitze traf sich regelmäßig in meiner Wohnung in Mannheim, weil das für alle Beteiligten ein eher zentral zu erreichender Ort war. Und erstmals gab es am Vorabend der Jahrestagung eine Kulturveranstaltung der Stiftung: Eine Lesung mit Prof. Wolfgang Werner aus seinem Buch „Welch Meisterwerk ist der Mensch! – Kunstreise durch das Land der Psychiatrie.“ Eine schöne Veranstaltung und ein schönes Buch, sehr zu empfehlen! Dieser Abend wurde sehr einfühlsam von Christel Achberger moderiert.

Stiftungsbeirat und prominente Unterstützer

Im Verlauf des letzten Jahres hat es Veränderungen in der Zusammensetzung des Beirates der Stiftung gegeben. Nach dem Ausscheiden von Margret Osterfeld und Ingo Ulzhöfer mussten neue Mitglieder gewonnen werden. Laut Satzung der Stiftung sind drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der DGSP in den engeren Beirat der Stiftung zu entsenden. Zurzeit und bis zur nächsten Vorstandswahl nehmen jetzt Friedel Walburg, Christel Achberger und Constantin von Gatterburg die Aufgaben im engeren Stiftungsbeirat wahr. Der Stiftungsbeirat setzt sich aktuell aus folgenden Personen zusammen:

■ Engerer Beirat

Friedrich Walburg (Vorsitz), Christel Achberger, Constantin von Gatterburg (DGSP Vorstand), Irmela Boden (Angehörige), Andreas Jung (Psychiatrie-Erfahrene), Christian Nieraese (Geschäftsführung)

■ Erweiterter Beirat

Thomas Bock, Klaus Dörner, Charlotte Köttgen, Gisela Petersen, Hilde Schädle-Deininger, Bettina Scholtz, Eva Ziegler-Krabel

Im gesamten Beirat der Stiftung sind jetzt wieder alle relevanten Gruppen vertreten: Vertreter der Gruppe der Psychiatrie-Erfahrenen, der Angehörigen, der Profis und drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes der DGSP. Alle Aktivitäten der Stiftung sind nur in enger Kooperation mit allen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern der DGSP – Geschäftsstelle möglich, was voraussetzt, dass sie alle Informationen zur Kenntnis erhalten. Das funktioniert sehr gut und es ist zu hoffen, dass das so bleibt.

Schirmherr der Stiftung ist Dr. Henning Scherf, Bürgermeister a.D. in Bremen. Jürgen Becker, Kabarettist aus Köln und Günter Wallraff, Schriftsteller, ebenfalls aus Köln, unterstützen die Stiftung als prominente Bürger. Der Beirat hat beschlossen, alle drei verstärkt für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung zu gewinnen.

■ Beiratssitzungen

Im Verlauf des Jahres haben zwei Beiratssitzungen stattgefunden, am 14.3. und am 10.10.2015, beide in Hamburg im Haus von Charlotte Köttgen. War die Beiratssitzung im März noch bestimmt durch Überlegungen zur Finanzsituation, zur Planung von Veranstaltungen, zur Präsentation der Stiftung auf DGSP-Tagungen und zur Werbung neuer Beiratsmitglieder, so war die Sitzung am 10.10. geprägt durch die Bewertung und Auswahl des Förderpreises der Stiftung. Der Ausschreibungstext, die Entgegennahme der Bewerbungen, Eingangsbestätigungen, Versenden der Bewerbungen an die Jury, Begründung und Benachrichtigung der Preisträger und die undankbaren und immer mitfühlenden Absagen an die nicht zum Zuge gekommenen Bewerber, vor allen Dingen wenn es auch gute Projekte waren, die eingereicht wurden – das alles fällt wieder in den Bereich „Geschäftsstellenarbeit“ und nimmt dort einen wahrlich breiten Raum ein.

Förderpreis der Stiftung für Soziale Psychiatrie für Projekte guter Praxis in der Gemeindepsychiatrie

Die Stiftung für Soziale Psychiatrie verleiht den Förderpreis im Zwei-Jahres-Rhythmus, sodass er nicht mit dem Forschungspreis der DGSP kollidiert. Im Jahr 2015 wurde er zum fünften Mal vergeben. Die Kriterien zur Vergabe des Preises und der Ausschreibungstext sind auf der Homepage der Stiftung veröffentlicht.

Alle eingereichten Bewerbungen wurden diesen Kriterien gerecht. Deshalb setzte sich die Jury im Beirat der Stiftung auch sehr intensiv mit den einzelnen Projektbeschreibungen auseinander. Dennoch musste am Ende der Beratungen eine Entscheidung getroffen werden. Die Wahl fiel schließlich einstimmig auf die „Blaue Karawane und das BlauHaus-Projekt“ in Bremen.

In den Räumen der Blauen Karawane wird die psychosoziale Arbeit, die vor 35 Jahren mit der Auflösung der psychiatrischen Anstalt „Kloster Blankenburg“ begann, im Sinne einer fortschrittlichen Sozial-, Kultur- und Gesundheitspolitik weiterentwickelt. Bei den verschiedenen Karawanen haben die Mitreisenden mit den Bremer Stadtmusikanten und dem Blauen Kamel gegen die alten und neuen Mauern der Psychiatrie protestiert und dafür demonstriert, dass es im Leben auch andere Wege gibt als die ausgetretenen Pfade der oft starr gewordenen Denk- und Verhaltensnormen in unserer Gesellschaft.

Bei der Blauen Karawane treffen Menschen mit unterschiedlichen Begabungen und Beeinträchtigungen, Verrückt-Normale und Normal-Verrückte, Ärmere und Wohlhabendere, Arbeitslose und Menschen in Jobs mit Ehrenamtlichen aufeinander. In den Werkstätten, der Bildhauerei, den Mal- und Keramikateliers, dem Café Blau und in verschiedenen Kulturprojekten arbeiten sie auf Augenhöhe zusammen – in der Mitarbeiterrolle oder als Anleiter, nicht als „Klienten“, „Betreute“ oder „Betreuer“.

Die Stiftung für Soziale Psychiatrie zeichnete mit ihrem Förderpreis ein Projekt aus, das wohl in dieser Form in der Bundesrepublik einzigartig ist: Die Blaue Karawane plant in der Bremer Überseestadt, zusammen mit einer großen Wohnungsbaugesellschaft, dem Martinsclub Bremen e.V., dem Verein „quirl Kinderhäuser e.V.“ und dem Theatre du Pain das BlauHaus-Projekt, ein gemeinnütziges Modellvorhaben zum inklusiven Leben, Wohnen und Arbeiten.

Unser gemeinsames Fazit: Dieses Projekt sollte zur Nachahmung anregen, da es von grundsätzlicher Bedeutung ist. Solche Orte sollten eigens geschaffen werden für jene, für die es sonst in dieser schrecklich effizienten Gesellschaft wenig Wärme und noch weniger Raum gibt.

Die Preisverleihung hat am 4.5.2016 im Rahmen des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im BlauHaus-Projekt in Bremen stattgefunden. Das Motto der Aktion Mensch für den Protesttag lautet in diesem Jahr „Einfach für alle! Gemeinsam für eine barrierefreie Stadt!“ Man könnte meinen, dieses Motto sei speziell für die Blaue Karawane ausgesucht worden. Das Zusammentreffen des Aktionstages und die Verleihung des Förderpreises der Stiftung für Soziale Psychiatrie an das BlauHaus-Projekt boten die Gelegenheit, einen kritischen Blick auf die einst hochgelobte Bremer Reformpsychiatrie zu werfen.

Es wurde dabei deutlich, dass in den letzten Jahrzehnten die institutionalisierten Versorgungsstrukturen scheinbar unüberwindbare Barrieren bildeten, die eine Umwandlung einer krankenhauszentrierten in eine ambulante, lebensfeldorientierte Psychiatrie verhinderten. Dabei gibt es durchaus Erfahrungen dazu, wie das zu bewerkstelligen ist. Die Blaue Karawane und das BlauHaus-Projekt sind dafür Beispiele und wurden deshalb zu Recht von der Stiftung für Soziale Psychiatrie ausgezeichnet. Und das war auch der Anlass für eine fulminante Feier in den Räumen der Blauen Karawane mit großem Buffet und anschließender Fete, mit prominenten Gästen,

darunter die Schirmherrin der Blauen Karawane Luise Scherf und der Schirmherr der Stiftung für Soziale Psychiatrie Henning Scherf – beide zufällig auch noch miteinander verheiratet.

Förderpreis der Stiftung im Jahr 2017

Der Förderpreis der Stiftung, der im Jahr 2017 vergeben wird, ist bereits ausgeschrieben. Er wird einen speziellen Schwerpunkt haben, deshalb führe ich die Kriterien an dieser Stelle noch einmal auf:

Der Förderpreis wird diesmal vergeben für Projekte guter Praxis, die Alternativen zur stationären Unterbringung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der geschlossenen Jugendhilfe sein können. Der Preis wird 2017 zum sechsten Mal verliehen, diesmal für Projekte guter Praxis, die gleichermaßen beispielhaft für nachhaltig und inklusiv wirkende Modelle für psychosozial belastete Kinder und Jugendliche sein sollten. Die eingereichten Projektpräsentationen sollten einige der folgenden Schwerpunkte berücksichtigen:

Sie sollten grundsätzliche Bedeutung haben und modellhafte Initiativen darstellen, die in fachpolitische Programme aufgenommen werden könnten und ggf. auch quer zur Regelfinanzierung Hilfen anbieten. Sie sollten zur Normalisierung im Lebensumfeld und zur Sozialraumorientierung beitragen (möglichst also keine spezialisierten Angebote nach „Diagnosen“). Sie praktizieren die dialogische Zusammenarbeit und den Austausch zwischen Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen und multiprofessionellen Mitarbeitern unter Einbeziehung beispielsweise von EX-IN-Geschulten, Bürgerhelfern, Laien u.a. Sie fördern sozialpsychiatrisches Handeln an Schnittstellen, also die Zusammenarbeit mit Bereichen wie Jugend- oder Bewährungshilfe, Forensik, Sozialdienste, Wohnungslosenhilfe – alles im Sinne von Eingliederung mit dem Ziel, auswärtige, geschlossene Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zu verhindern. Die Projekte zielen auf jene Gruppen, die sonst nur schwer und oft gar keine Hilfe in dem vorhandenen Versorgungssystem finden.

Der Stiftungspreis ist mit 2500,00 Euro dotiert. Fristende für die Einreichung der Projektpräsentationen ist der 1.12.2016. Die Projektbeschreibungen können per E-Mail an den Geschäftsführer der Stiftung Christian Nieraese geschickt werden (c.nieraese@vodafone.de).

Weitere Aktivitäten der Stiftung

■ Veranstaltung der Stiftung am 5.10.2016 in Berlin:

Spurensuche – Ringen um Selbstverständlichkeit

Die Stiftung für Soziale Psychiatrie lädt ein zu Vortrag, Gespräch und Lesung. Dabei sind Andreas Heinz und Thomas Bock, Autoren des im Frühjahr 2016 erschienenen Buches „Psychosen – Ringen um Selbstverständlichkeit“, und der Poetry-Slammer Tobi Katze. Er liest aus seinem Buch „Morgen ist leider auch noch ein Tag – Irgendwie hatte ich von meiner Depression mehr erwartet“.

Vorläufiger Finanzbericht

Ein Abschlussbericht über die finanzielle Entwicklung der Stiftung wird vom Paritätischen Stifterverband erstellt. Die Bilanz der Stiftung für das Jahr 2015 wurde mir von der Finanzabteilung des Paritätischen zugestellt. Die Überprüfung durch den Wirtschaftsprüfer des Paritätischen ergab für die Stiftung keinerlei Beanstandungen.

■ Der Wertpapierbestand der Stiftung für Soziale Psychiatrie zum 31.12.2015 beträgt 53756,52 Euro

■ Die Geldkonten der Stiftung weisen per 30.6.2016 ein Saldo auf von 12393,98 Euro

Für die Förderung der satzungsgemäßen Zwecke stehen zur Verfügung:

■ Rest Erträge aus Vorjahren: 13832,90 Euro

■ Erträge 2015: 1,09 Euro

■ Spenden 2015: 3070,00 Euro

■ Vorabauschüttung 2016: 695,27 Euro

■ ./.. Aufwendungen 2015: 2365,46 Euro

■ Mittelvortrag ordentliches Ergebnis: 15233,80 Euro

■ Rücklagen aus Vorjahren: 0,00 Euro

■ Gesamt: 15233,80 Euro

■ ./.. Saldo Aufwendungen/Erträge 2016: 2901,70 Euro

■ Noch zu verwenden: 12332,10 Euro

Ausgaben im laufenden Jahr 2016 (geschätzt):

■ Stiftungspreis 2015, Preisgeld: 2500,00 Euro

■ Ausgaben für die Preisverleihung in Bremen: 5000,00 Euro

■ Ausgaben für die Veranstaltung am 5.10.2016 in Berlin: 3500,00 Euro

■ Zuschuss von der Aktion Mensch für die Veranstaltung in Bremen am 04.5.2016 (Bewilligung vom 4.5.2016): 5000,00 Euro

Christian Nieraese

Geschäftsführer der Stiftung

„Soziale Psychiatrie“ – Mitgliederrundbrief der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie

„Soziale Psychiatrie“ erscheint weiterhin vierteljährlich und ist auch über die Grenzen der DGSP hinaus eine beliebte und anerkannte Fachzeitschrift für Sozialpsychiatrie. Neben den DGSP-Mitgliedern, für die der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, gibt es ca. 750 Einzel- und Austauschabonnenten.

Der alterproben, ehrenamtlich arbeitenden Redaktion gehören seit unserem letzten Bericht 2013 weiterhin an:

Astrid Delcamp (Berlin), Ilse Eichenbrenner (Berlin), Thomas Müller (Leipzig), Martin Osinski (Neuruppin), Brigitte Siebrasse (Bielefeld), Christian Zechert (Bielefeld).

Neu in der Redaktion sind Dr. Sabrina Hancken (Hannover), Christian Brück (Köln) und Shirin Moghaddari (Köln).

Für die Redaktionsleitung, Koordination und Herstellung war weiterhin Michaela Hoffmann in der DGSP-Geschäftsstelle verantwortlich. Zum 1.2.2017 wird Michaela Hoffmann berentet. Die verantwortliche Redaktionsleitung übernimmt unser langjähriges Redaktionsmitglied Thomas Müller, der seit 1.6.2016 in Teilzeit bei der DGSP beschäftigt ist. Shirin Moghaddari, die seit 1.4.2016 als Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit in der DGSP-Geschäftsstelle tätig ist, übernimmt ebenfalls Redaktions- und Koordinationsarbeiten für die SP.

Die Redaktionssitzungen finden viermal jährlich an den unterschiedlichen Wohnorten der Redaktionsmitglieder statt. Dort werden die Themenschwerpunkte geplant, Manuskripte beurteilt und potenzielle Autoren ausfindig gemacht.

Neben angefragten Artikeln zu Themenschwerpunkten erreichen uns viele Texte auch unaufgefordert. Auch wenn wir nicht alle Einsendungen veröffentlichen können, freuen wir uns über Beiträge und Leserbriefe. Fotos, Zeichnungen und Bilder sind immer willkommen. Unterstützen können Sie uns auch durch eine Anzeige in der „Sozialen Psychiatrie“.

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren und bei unserer interessierten Leserschaft!

*Für die Redaktion:
Michaela Hoffmann*

*Kontakt:
Michaela Hoffmann
Zeltinger Str. 9
50969 Köln
Tel.: (0221) 511002
Fax: (0221) 529903
E-Mail: michaela.hoffmann@dgsp-ev.de*

Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)

Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung

Der seit zwölf Jahren tätige Fachausschuss Arbeit hat derzeit rund 15 aktive Mitwirkende.

Zweimal jährlich finden in wechselnden Institutionen oder Einrichtungen des Bereiches Arbeit / berufliche Rehabilitation die Fachausschusstreffen statt, die nach Möglichkeit zugleich einen Bezug zu den aktuellen Themenschwerpunkten des Fachausschusses haben sollten. Die Sitzungen dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch sowie der Vorstellung der gastgebenden Einrichtung, ferner werden aktuelle Themenkomplexe rund um das Thema Arbeit erörtert und Arbeitsaufträge des DGSP-Vorstandes bezogen auf die Themen Arbeit und Beschäftigung bearbeitet. Es besteht auch weiterhin die Möglichkeit, sich in den aktuellen E-Mail-Verteiler aufnehmen zu lassen und auf diesem Wege Mitglied des Fachausschusses zu werden.

Weiterhin werden praxisnahe Handreichungen, zum Beispiel zum Thema Zuverdienst, erarbeitet und alle zwei Jahre ein Fachtag zum Thema Arbeit organisiert. Im Jahr 2013 fand dieser in Dortmund statt, 2015 in Erfurt.

In den Jahren 2013 bis 2016 hat sich der Fachausschuss im IFD in Lippestadt und in den Pfeifferschen Stiftungen Magdeburg getroffen und diese kennengelernt:

Inhaltliche Schwerpunkte waren:

- die Vor- und Nachbereitung der Fachtage, als nächstes 2017 in Hamburg,
- die Weiterarbeit an den „Qualitätskriterien für die Werkstatt für psychisch behinderte Menschen“,
- eine Kurzstellungnahme zur Forderung des UN BRK-Ausschusses nach Auflösung der Werkstätten,
- die Arbeit an einem Positionspapier zum Thema „Zuverdienst“,
- Remploy und das britische Supported Employment-Angebot,
- und immer wieder das Thema der sozialpolitischen Entwicklung im Bereich Arbeit und Beschäftigung, hier zuletzt besonders die zu erwartenden Auswirkungen des BTHG.

Im Sprecherkreis des Fachausschusses arbeiten Hans-Jürgen Wittek, Marc Fesca und Friederike Steier-Mecklenburg.

*Für den FA Arbeit und Beschäftigung:
Friederike Steier-Mecklenburg, Marc Fesca*

*Kontakt:
Friederike Steier-Mecklenburg (Sprecherin)
BTZ Köln
Vogelsanger Str. 193
50825 Köln
E-Mail: fstm@btz-koeln.de*

*Marc Fesca (stv. Sprecher)
Pfeiffersche Stiftungen Magdeburg
E-Mail: marc.fesca@pfeiffersche-stiftungen.org*

Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)

Die DGSP hält nach wie vor ein breit gefächertes Angebot an sozialpsychiatrischen Fortbildungsmöglichkeiten bereit. Vielzahl und Vielfalt des Angebots bedürfen der Koordination und fachlichen Begleitung. Der erweiterte Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) nimmt diese anspruchsvolle und verantwortliche Aufgabe wahr. Die Treffen der beteiligten Kolleg*innen finden nach Möglichkeit zweimal jährlich statt. In dem Gremium arbeiten Vertreter und Vertreterinnen der einzelnen DGSP-Weiterbildungen mit und repräsentieren so die aktuellen Bildungsschwerpunkte der DGSP:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung regional
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung im Bausteinsystem
- Qualifizierung Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Q-FAB)
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
- Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern
- Basiswissen „Psychiatrische Pflege“
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen
- Traumazentrierte Fachberatung

Die Einführung eines Qualitätssicherungssystems für den Weiterbildungsbereich der DGSP steht weiterhin im Zentrum der AFW-Arbeit. Hierbei gilt es, die unterschiedlichen Regelungen und Verfahren in den organisatorischen Abläufen sowohl in den Kursen als auch in der Geschäftsstelle normgerecht zu vereinheitlichen. Dieser Prozess ist derzeit noch nicht abgeschlossen.

Daneben stellt der regelmäßige Austausch über Entwicklungsstand und Verlauf der Fortbildungen einen festen Bestandteil der Arbeit dar. Darüber hinaus befasst sich das Gremium mit der Frage, welche Fortbildungsbedarfe der aktuelle Entwicklungsstand der Psychiatrie nach sich zieht beziehungsweise welche Fortbildungsangebote notwendig und geeignet sind, eine Entwicklung der psychiatrischen Landschaft im Sinne einer sozialpsychiatrischen Prägung zu befördern. Die Ergebnisse dieser fachlichen Debatte fließen in die konzeptionelle Fortentwicklung der Weiterbildungen ein.

Zu den Weiterbildungsangeboten im Einzelnen:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Norddeutschland
In den Regionen Hamburg – hier zwei Kurse – und Lüneburg wird die SPZA erfolgreich angeboten und durchgeführt. Im Zeitraum von 2013 bis 2016 haben an den SPZA-Kursen 113 Mitarbeiter*innen aus dem psychiatrischen und psychosozialen Feld teilgenommen oder befinden sich noch in laufenden Kursen. Die Kurse enden mit einer Abschlussarbeit, einer Präsentation sowie einem Fachgespräch und führen bei Erfolg zu einem differenzierten Abschlusszertifikat. Die aktuellen Kurse werden geleitet von Marlene Stierl, Emelie Martin-Schur, Hans-Jürgen Nötzel, Petra Mahlau, Paul Stammeier und Till Woelki.
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) der Region Berlin
Ein Kurs der SPZA in Berlin, der im Januar 2012 begonnen hatte, endete am im Juni 2014 erfolgreich. An diesem Kurs nehmen 17 Kolleg*innen unter der Leitung von Dr. Torsten Flögel und David Wegmüller teil.
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) im Bausteinsystem
Dieses Weiterbildungsangebot wurde bisher nur in Frankfurt a. M. angeboten. Der Kurs gliedert sich in Grund- und Aufbaukurs (Dauer jeweils 18 Monate) und wird in Blockveranstaltungen, mit Unterstützung von Lehrbriefen und Hausarbeiten und durch die Teilnahme an ausgewählten sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen durchgeführt. Bislang wurden fünf Kurse dieser SPZA-Variante angeboten. Diese Kurse wurden zuletzt von Hilde

Schädle-Deiningner mit zeitweiser Beteiligung von Klaus Laupichler geleitet. Im Juli dieses Jahres konnte ein Kurs der SPZA im Bausteinsystem in Potsdam mit der Arbeit starten. Die Leitung nehmen Hilde Schädle-Deiningner, Annette Kleeberg und David Wegmüller wahr.

- Qualifizierung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Q-FAB)
Dieses Bildungsangebot wird in Kooperation mit dem BTZ Köln gGmbH in Köln unterbreitet. Es zielt darauf ab, den Fachkräften in Werkstätten sozialpsychiatrisches Know-how zu vermitteln, damit ihnen eine optimale Förderung psychisch behinderter Menschen im Rahmen der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Die Weiterbildung bereitet auf einen staatlich geprüften und anerkannten Abschluss vor. Im November eines jeden Jahres startet ein neuer Kurs. Im Berichtszeitraum haben insgesamt 79 Teilnehmende die Weiterbildung besucht oder befinden sich in den laufenden Kursen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden von Ingrid Stumpf, Christian Gredig, Christian Löbner und Kai Wingert als Kursleiter*innen und weiteren Fachdozent*innen unterrichtet und durch den Bildungsprozess begleitet. Ein Beirat, bestehend aus Experten und Expertinnen aus den Bereichen Werkstatt und Wissenschaft, begleitet die Weiterbildung.
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
Diese einjährige Fortbildung wurde bisher in Köln, Lüneburg, München und Berlin angeboten. Aktuell findet ein Kurs in Berlin statt. Ein Kurs in Hamburg ist mit Starttermin im Jahr 2017 geplant. Die Lüneburger Kurse fanden in Kooperation mit der Psychiatrischen Klinik Lüneburg und dem Klinikum Wunstorff statt. Inwieweit in Lüneburg weitere Kurse stattfinden werden ist aktuell unklar.
Die Fortbildung soll Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemeindepsychiatrischer Versorgungsangebote im Umgang mit und in der Begleitung von psychisch kranken Straftätern befähigen. Kursleiter sind Dr. Friedhelm Schmidt-Quernheim und Frank Löhr. Fachreferenten und -referentinnen werden zu spezifischen Fragestellungen hinzugezogen. In dem Berichtszeitraum haben 94 Kolleginnen und Kollegen an der Weiterbildung teilgenommen oder nehmen an laufenden Kursen teil.
- Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern
Mitglieder des FA Psychotherapie, der auch für das Konzept verantwortlich zeichnet, sind hier als Referentinnen tätig, ebenso Angehörige und psychiatrieerfahrene Menschen. Ein Folgekurs startete unter der Leitung von Ute Merkel mit 17 Teilnehmenden in Bielefeld und endete im März 2016. Ein weiterer Kurs wurde von den Kursleiterinnen Ute Merkel, Marlies Busch und Dorothee Becker in Frankfurt a. M. mit 13 Teilnehmer*innen durchgeführt. Der Kurs endete im Juni dieses Jahres. Der Start eines weiteren Kurses ist für das Frühjahr 2017 in Erfurt vorgesehen.
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen
Im Bereich der sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen bieten wir jährlich ca. 65 Seminare von ein- bis dreitägiger Dauer mit einem breiten sozialpsychiatrischen Themenspektrum bundesweit an 15 verschiedenen Orten an. Die hohe Zahl der Teilnehmenden – jährlich rund 1000 Personen – bestätigt die Qualität und Aktualität des Programms.
- Basiswissen „Psychiatrische Pflege“
Die von Hilde Schädle-Deiningner angebotenen Kurse der Weiterbildung in Berlin und Frankfurt a. M., die sich speziell an Pflegekräfte wendet die in den psychiatrischen Bereich wechseln wollen, kamen bedauerlicherweise mangels Interesse nicht zustande.

■ Traumazentrierte Fachberatung

Das jüngste Weiterbildungsangebot stellt die Traumazentrierte Fachberatung dar. Zielsetzung der von Manuela Ziskoven konzeptionierten und geleiteten Weiterbildung ist die Qualifizierung zu traumazentrierter Beratung in der Sozialpsychiatrie und für die Arbeit mit traumatisierten Flüchtlingen. Der erste Kurs der ca. einjährigen Weiterbildung startete in Frankfurt a. M. im Juni 2016 mit 14 Teilnehmer*innen.

Für den Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung:

Richard Suhre

DGSP-Geschäftsführung

Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien (BWF)

Der Fachausschuss (FA) ist ein Gremium von Fachleuten des BWF aus der Bundesrepublik und pflegt gute Kontakte ins deutschsprachige Ausland. Aktuell sind 22 Regionalbeauftragte aus derzeit acht Bundesländern vertreten, dazu kommt ein Vertreter aus der Schweiz. Mehrheitlich sind dies VertreterInnen aus dem Bereich Psychiatrie, fünf Kollegen/innen repräsentieren das BWF für Menschen mit geistiger Behinderung, das steigende Beachtung findet. Es finden drei Arbeitstreffen pro Jahr statt, davon eine Zusammenkunft im Rahmen der jährlichen Tagung, die vom 28. bis 30.9.2016 in Bielefeld-Bethel unter dem Motto „Gemeinschaft verwirklichen. Von gelingenden Geschichten und glücklichen Momenten“ stattfindet. Von Jahr zu Jahr wird es schwieriger, Veranstalter für diese Tagung zu finden. An der Jahrestagung beteiligt sich der Fachausschuss unterstützend, die Veranstaltung muss aber vom jeweiligen Ausrichter allein organisiert werden. Traditionell finden viele selbstorganisierte Workshops statt, die den Arbeitscharakter der Jahrestagung unterstreichen. Den Aufwand, eine dreitägige Veranstaltung zu organisieren und zu finanzieren, scheuen immer mehr Einrichtungen.

Die Homepage des BWF (www.bwf-info.de) wird von Richard Schießl aus Regensburg verwaltet und bietet einen sehr guten Überblick über das Thema. Ein weiterer wichtiger Baustein der Öffentlichkeitsarbeit ist das Periodikum „BWF-aktuell“, das Jo Becker aus Wessel herausbringt und kostenlos deutschlandweit versendet!

In Rheinland-Pfalz etablieren sich derzeit mehrere Teams, die das BWF anbieten. Allerdings ist anzumerken, dass es für neue Teams immer schwieriger wird, dieses Angebot aufzubauen. Es ist generell zu konstatieren, dass im Bereich BWF für Erwachsene die Nachfragen etwas zurückgehen. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Angebot ambulant zu wohnen sich immer mehr differenziert und ausgebaut wird. Potentielle Interessenten/innen haben deutlich mehr Wahlmöglichkeiten – was zu begrüßen ist. Eine weitere Schwierigkeit im BWF besteht darin, ausreichend interessierte Gastfamilien zu finden. Alle Teams berichten, dass die Akquise deutlich schwieriger geworden ist.

Der Fachausschuss hat für die DENK-an-STÖSSE einen Beitrag verfasst. Darüber hinaus wurde eine Handreichung für die Teams zu einer Verteilung der Grundsicherungsleistung zwischen Bewohner/innen und Gastfamilie erstellt. Der FA arbeitet auf verschiedenen Ebenen mit Anbietern des BWF im europäischen Raum zusammen.

Mit Spannung sieht der FA den Änderungen entgegen, die die Einführung des Bundesteilhabegesetzes voraussichtlich auch im BWF mit sich bringen wird.

Dauerthemen im Fachausschuss sind:

Vorbereitung der jährlichen Tagung

weiterer bundesweiter Ausbau des BWF

Beratung bzw. Vermittlung von Coaching neuer Teams

Klärung von Fachfragen

Fachliche Stellungnahme gegenüber Leistungsträgern

Öffentlichkeitsarbeit

Für den Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien:

Reinhold Eisenhut

Kontakt:

Reinhold Eisenhut

Gustav-Wagner-Str. 7

72760 Reutlingen

Tel.: (0 71 21) 34 53 99-4

E-Mail: bwf-rt@vsp-net.de

Fachausschuss Europa

Rückblick auf 2015

■ DGSP-Jahrestagung 2015 zum Thema Europa

Wir waren an der Vorbereitung beteiligt mit Referenten (MHE und Europäische Kommission) sowie mit Tagungsbeobachtern, die wir aus Belgien, Holland, Griechenland und Frankreich einluden. Außerdem veranstalteten wir ein Forum zu Europa mit dem Schwerpunkt Abläufe in Brüssel – ökonomische Prioritäten. Soziale und medizinische Ziele, besonders gemeindebezogene, sind nur schwer nach vorn auf die Agenda zu bringen. „Mehr Gemeindepsychiatrie“ oder „mehr Prävention“ müssen ständig auf den Nutzen für die Wirtschaft bezogen werden. Was bringen die europäischen Impulse für unsere Arbeit an der Basis? Daneben führten wir ein Gespräch mit den Tagungsbeobachtern über die Sicht einiger Nachbarländer über unsere „europäische“ Diskussion. Angeregt durch den Vortrag von Trennheuser setzten wir uns damit auseinander, ob und wie neben der Übermacht der wirtschaftlichen Interessengruppen in Brüssel auch eine Lobbyarbeit für die Gemeindepsychiatrie möglich ist. Er ermutigte uns, noch mehr Aufmerksamkeit für ‚psychiatrische Themen‘ zu fordern, möglichst mit einfachen Themen. Lobby-Arbeit kann entweder dort in Brüssel geschehen, oder hier in der BRD im Kontakt mit EU-Abgeordneten sowie mit Bundestagsabgeordneten, deren Schwerpunkt Europa ist.

■ Diskussion über TTIP

Gespräch mit Dr. Rock vom DPWW Berlin – Unsicherheiten, Kommunikationschaos, dranbleiben, bald weiter diskutieren

■ Teilnahme an europäischen Tagungen

Im Dezember 2015 nahmen wir an einer Tagung bzw. einem Fortbildungsworkshop von MHE in Brüssel sowie an einer von MHE initiierten Veranstaltung zum Thema ‚Arbeit und psychisch Kranke‘ im Europäischen Parlament teil.

(Bericht: www.mhe-sme.org – newsletter dec 2015).

■ Vorbereitung eines europäischen Projektantrags

Viel Zeit verbrachten wir im letzten Jahr damit, Inhalte für ein europäisches Austausch-Projekt zu diskutieren und in einem Konzept zusammenzufassen. Ziel war es, das Projekt so zu gestalten, dass es uns reale Chancen eröffnet für mehr Austausch mit Betroffenen, Angehörigen und Fachleuten aus den Nachbarländern. Leider stellte sich zum Jahresende heraus, dass das „Erasmus+“-Programm, an dessen Förderkriterien wir uns orientiert hatten, nicht mehr in Frage kommt. Daher müssen wir 2016 nach einer anderen Förderung suchen, oder das Konzept ändern.

Ausblick: An einer europäischen Sozialpsychiatrie mitwirken – wie geht das?

Die europäische Ebene bietet attraktive inhaltliche Anregungen für unsere eigene gemeindepsychiatrische Diskussion. Gleichzeitig sind die Einwirkungsmöglichkeiten der EU auf die Mitgliedsstaaten sehr begrenzt. Insofern finden sich anspruchsvolle Rahmenvorgaben, die in einer Zielvorgabelogik mit Berichtsverpflichtungen der Mitgliedsländer möglichst operational heruntergebrochen werden. Die Begründungen werden ökonomisch abgeleitet (Förderung von „EU's mental capital“) und Landesaktivitäten teilweise durch EU-Fördertöpfe angeregt. Wir müssten uns als DGSP noch eine Position zum EU-Politikstil erarbeiten.

■ Soweit man in diesem Rahmen von einer europäischen Psychiatriepolitik sprechen kann, geht es intensiver und selbstverständlicher als bei uns um Gesundheitsförderung und Prävention in der Arbeitswelt, in Schule/Bildung und in der Lebenswelt. Wir finden dort auch Praxisbeispiele und Ziele für eine starke Mitsprache von Betroffenen, Angehörigen und zivilgesellschaftlichen Kräften vor.

■ Die Ziele und die Praxis-Empfehlungen der verschiedenen europäischen Rahmenkonzepte sind innovativ (Joint Action on

Mental Health and Well Being, DI-Guidelines, EPA-Guidance, WHO-Programm). Inzwischen gelten Gemeinde- und Bürgerorientierung, Inklusion, Partizipation, Gesundheitsförderung und Wahrung der Menschenrechte allgemein als Grundlagen. Dies wird z.B. im Abschlussbericht zum Joint-Action-Projekt und in den daraus abgeleiteten Rahmenempfehlungen deutlich (www.mentalhealthandwellbeing.eu, dort: Framework for Action on Mental Health and Wellbeing).

■ Wir müssen uns auch überlegen, wie wir das aus dem Joint Action-Projekt hervorgegangene und bis 2018 geförderte Internet-Tool des „EU-Compass for action on mental health and wellbeing“ bewerten (http://ec.europa.eu/health/mental_health/eu_compass/index_en.htm).

Es handelt sich dabei um den Anfang einer europäischen Berichterstattung (z.B. über Mitwirkung an Jahres-Länder-Berichten, über Austausch zu best practice, Mitarbeit bei der best practice data base etc.). Wollen wir uns daran beteiligen?

Für den Fachausschuss Europa:

Christa Widmaier-Berthold und Manfred Zaumseil

Kontakt:

Christa Widmaier-Berthold

Dehmelweg 3

70619 Stuttgart

Tel.: (0711) 2 53 85 58

mberthold@t-online.de

Fachausschuss Forensik

Nach langen Jahren der Abstinenz fand sich im Juni 2013 eine Reihe von interessierten Personen, um den FA Forensik wieder zu beleben. Die ersten Themenstichworte lauteten: Zwangsbehandlung, spezielle Nachsorge-Einrichtungen in der Gemeinde, Langzeitunterbringung und Versorgungsstandards, Sozialpsychiatrie und Forensik, Dominanz der Medizin und die Kompetenz und der Stellenwert der anderen Professionen in der Forensik.

Bei einem erneuten Treffen mit weiteren Teilnehmern im Oktober 2013 wurde bereits über eine Stellungnahme der DGSP zum sog. „Eckpunktepapier“ der damaligen Bundesjustizministerin zur Reform der Unterbringung in der forensischen Psychiatrie beraten und diese beschlossen.

Nach diesem Vorlauf beschloss die Mitgliederversammlung der DGSP auf ihrer Jahrestagung im November 2013 in Erfurt die Wiedereinrichtung des „Fachausschusses Forensik“.

Seither hat sich der FA insgesamt 14-mal getroffen, davon neunmal in Köln. Darüber hinaus fanden Treffen in Berlin (2 x), Bremen, Münster und Eltville statt. In einer der ersten Sitzungen wurden der Jurist Dr. Heinz Kammeier, Münster, zum Sprecher und die Pflegewissenschaftlerin Daria Olsen, MScN, Witten, zur Stellvertreterin gewählt.

In den gut zwei Jahren wurden im FA eine Reihe von Themen durch Vorträge und Gespräche behandelt. Hier die wichtigsten:

- Reformabsicht des § 63 StGB im Koalitionsvertrag von 2013
- Redaktion und Gestaltung der Website www.forensik.de
- Die Gestaltung des Maßregelvollzugs angesichts der Planung zahlreicher forensischer Neubauten
- Menschen mit geistigen Behinderungen im Maßregelvollzug
- Angehörige von im Maßregelvollzug untergebrachten Personen
- Selbstdarstellung des FA und Öffentlichkeitsarbeit
- Vorbereitung je eines Workshops auf den DGSP-Jahrestagungen
- Vorbereitung des Symposiums im Mai 2015 in Berlin „Psychiatrische Maßregel und Gemeindepsychiatrie“
- Vorschläge der Bund-Länder-AG und des BMJV zur Novellierung der psychiatrischen Maßregel
- Vortrag: Die psychiatrische Maßregel abschaffen (Lewe)
- Vortrag: Arbeiten mit Peers im forensischen Setting (Nolan)
- Unterfinanzierung des Maßregelvollzugs in NRW?
- Pflegeentwicklung in der Forensik
- Gestaltung eines Schwerpunktheftes der „Sozialen Psychiatrie“ zur Forensik
- Reformbedarfe im Maßregelrecht und -vollzug aus anwaltlicher Sicht
- Wiedereingliederung forensisch untergebrachter Personen in die Gemeinschaft in den Stadtstaaten Berlin und Bremen sowie im Flächenbereich Südhessens.

Folgende Stellungnahmen hat der FA für die DGSP erarbeitet:

- Stellungnahme zu aktuellen Entwicklungen im Maßregelvollzug (24.02.2014)
- Forderungen an eine Reform von Recht und Durchführung der psychiatrischen Maßregel nach § 63 StGB unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit von Dauer und Eingriffsintensität (01.07.2014)
- Stellungnahme der DGSP zum Diskussionsentwurf der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gemäß § 63 Strafgesetzbuch“ (26.03.2015)

Auch in Zukunft werden die Fragen rund um die – immer wieder behauptete – Notwendigkeit einer langzeitigen Unterbringung in geschlossenen forensischen Einrichtungen zentrales Thema des Fachausschusses bleiben. Bei der Behandlung dieses Komplexes wird die Verschiebung der Thematik von der „medizinischen Behandlung“ zur „Reduzierung von Gefährlichkeit“ mit Spannung zu beobachten sein, insbesondere deshalb, weil dadurch auch andere Akzente auf

den Einsatz unterschiedlicher beruflicher Professionen im Umgang mit krankheitsbedingt gefährlichen Tätern gesetzt werden können. Hier kommen vor allem auf die Pflege und die Sozialarbeit neue Chancen und berufliche Herausforderungen zu. Und ebenfalls nicht zu Ende diskutiert ist das Verhältnis stationärer Maßregelvollzugseinrichtungen zu ihren lokalen Bezugsräumen, aus denen ihre Klientel kommt und in die sie wieder (?) zurück gebracht gehört. Und ob diese lokalen ‚Sozial- bzw. Empfangsräume‘ überhaupt auch im Sinne einer Versorgungsverpflichtung aufnahmefähig sind.

Für den Fachausschuss Forensik:

Dr. Heinz Kammeier

Kontakt:

Dr. Heinz Kammeier

Rilkeweg 11

48165 Münster

Tel.: (0 25 01) 58 88 88

Fachausschuss Forschung

Der Schwerpunkt der Arbeit des Fachausschuss Forschung liegt in der Ausschreibung, Organisation und Durchführung des sozialpsychiatrischen Forschungspreises und des Nachwuchspreises. Die Auslobung beider Preise dient der Förderung sozialpsychiatrischer Forschung und erfolgt alle zwei Jahre. Jede Ausschreibungsrunde erlaubt auf eindrucksvolle Weise einen Einblick in Vielfalt, Aktualität und Innovationskraft der hiesigen sozialpsychiatrischen Forschung. Die prämierten und nominierten Arbeiten werden im Forschungsforum der jeweiligen DGSP-Jahrestagung vorgestellt und diskutiert. Geplant ist darüber hinaus die Veröffentlichung der prämierten Arbeiten sowie der Kontaktdaten der PreisträgerInnen auf der Homepage der DGSP. Dies soll eine Kontaktaufnahme insbesondere zu den NachwuchswissenschaftlerInnen ermöglichen, um diese für eine Vorstellung und Diskussion ihrer Forschungsergebnisse zu gewinnen, z.B. in sozialpsychiatrischen Einrichtungen oder im Rahmen sozialpsychiatrischer Treffen. Ziel ist es, den wichtigen Austausch zwischen Forschung und Praxis zu intensivieren. Derzeit ist der sozialpsychiatrische Forschungspreis mit 3500€ und der sozialpsychiatrische Nachwuchspreis mit 1500€ dotiert. Ermöglicht wird dies durch die Unterstützung einer Reihe von Sponsoren (die aktuelle Sponsorenliste findet sich jeweils im Ausschreibungstext). In der letzten Ausschreibungsrunde 2014 wurde der Forschungspreis für zwei Arbeiten vergeben: Zum einen durfte die Arbeitsgruppe um Professor Dr. Steffi Riedel-Heller, Professor Dr. Thomas Becker sowie Dr. Dr. Stefan Weinmann den DGSP Forschungspreis für die „S3 – Leitlinie Psychosoziale Therapien bei schweren psychischen Erkrankungen“ entgegennehmen. Zum anderen ging der Preis an Prof. Dr. Heiko Löwenstein (geb. Hoffmann) für seine Arbeit „Borderline-Interaktionen – Komplexe Verflechtungen der Agency in Netzwerken sozialer Unterstützung von Menschen mit der Diagnose Borderline-Persönlichkeitsstörung“. Den DGSP-Nachwuchspreis erhielt Maria Teichert für ihre Arbeit: „Where There's a Will, There's a Way? Zum Einsatz von Alternativen zu Zwangsmaßnahmen in psychiatrischen Fachkliniken“.

Ein wichtiges Anliegen des Fachausschusses ist das Einbeziehen von Erfahrungsexpertise in der sozialpsychiatrischen Forschung. Derzeit wirken im Fachausschuss zwei ExpertInnen mit, die neben ihrer wissenschaftlichen und fachlichen Expertise über einen eigenen Erfahrungshintergrund als Nutzerin bzw. Nutzer psychiatrischer Angebote verfügen. Darüber hinaus wird die Nutzerperspektive auch in der externen Jury des Forschungs- bzw. des Nachwuchspreises durch Expertinnen in eigener Sache vertreten.

Seit 2010 existiert ein bundesweites sozialpsychiatrisches DoktorandInnenkolloquium in Kooperation mit der Klinik für Psychiatrie der Charité am Campus Mitte der Humboldt-Universität (Dr. Karin-Maria Hoffmann) und verschiedenen Hochschulen. Das Konzept sieht vor, Promovierenden unterschiedlicher Fachrichtungen (Soziale Arbeit, Pflegewissenschaft, Psychologie, Medizin, Soziologie etc.) einen Rahmen zu bieten, in dem sie ihre Forschungsarbeiten aus dem sozialpsychiatrischen Themenfeld in regelmäßigen Abständen vorstellen und kritisch diskutieren können. Ziel des Kolloquiums ist die Vernetzung der Promovierenden, die fachspezifische und methodische Beratung, die Bereitstellung eines Forums zur Diskussion und letztlich die Förderung sozialpsychiatrischer Forschung. Das Kolloquium findet zweimal jährlich statt; bislang gab es zwölf Treffen. Über 20 Promovierende haben in dieser Zeit an dem Kolloquium teilgenommen. Die Promotionsvorhaben befinden sich in unterschiedlichen Stadien: Einige Teilnehmende sind bei der ersten Orientierung und Themensuche, andere stehen kurz vor Abschluss ihrer Arbeit und ein Teil der Arbeiten konnte bereits erfolgreich abgeschlossen werden. Neben Dr. Karin-Maria Hoffmann gehören zu dem Expertenkreis Prof. Ernst von Kardorff (Institut für Rehabilitationswissenschaften der HU Berlin) sowie die Mitglieder des Fachausschuss Forschung in wechselnder Besetzung.

*Für den Fachausschuss Forschung:
Silvia Krumm, Heike Dech*

Kontakt:

*Dr. phil. Silvia Krumm Masoz
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie II
der Universität Ulm am Bezirkskrankenhaus Günzburg
Ludwig-Heilmeyer-Str. 2
89312 Günzburg
Tel.: (0 82 21) 96 29 20 3
E-Mail: silvia.krumm@uni-ulm.de*

Fachausschuss Menschen in Heimen

Auch in der Sitzungsperiode 2014-2016 hat der FA seine Arbeit fortgesetzt und wieder vier Arbeitstreffen in unterschiedlichen Regionen durchgeführt.

Neben den schon bekannten Aktivitäten wie Austausch, Information, Kontaktaufnahme zu Mitarbeitenden bei verschiedenen Trägern wurden in dieser Zeit kontinuierlich zwei Themen bearbeitet, die damit schwerpunktmäßig auf der Agenda standen.

Im besonderen Blick war weiterhin die Entwicklung und der forcierte Ausbau geschlossener Wohneinrichtungen. Dabei standen zum einen strukturelle Fragen wie der Zusammenhang mit vorhandenen ambulanten Unterstützungsstrukturen oder die Schnittstelle zum Behandlungssystem im Blickpunkt. Deutlich wurde aus Sicht des FA, dass die isolierte Betrachtung von geschlossenen Wohneinrichtungen nicht zielführend ist.

Auch bestehende und/oder geplante neue Projekte, wie etwa in Dortmund oder Bethel, und die Betrachtung von inklusiven Bauprojekten für Menschen mit und ohne Behinderung wurden dabei berücksichtigt. Für die Mitglieder des FA war es dabei interessant zu prüfen, inwieweit Gebäudeplanung und Baukonzepte fachliche Ansprüche auf Stärkung der Teilhabe tatsächlich berücksichtigen. Eine der Erkenntnisse: Fortschrittliche Bauvorhaben fanden sich eher in städtischen Gegenden, vermutlich, so ein Eindruck, weil dort bereits eine relativ gut ausgebaute Infrastruktur besteht. Dabei blieb der Gedanke zentraler Ankerpunkt, dass auch stationäre (komplexe) Wohnformen in die Entwicklung eines Netzwerkes vielfältiger Unterstützungsstrukturen eingebunden sein müssen.

In zwei Arbeitstreffen beschäftigte sich der FA mit dem Thema der Wirkungsorientierung in der Eingliederungshilfe und damit zusammenhängend mit der Frage, woran positive Wirkungen individueller Unterstützung wirklich gemessen werden können. Vertreter des Forschungsverbundes BAESCAP erläuterten Forschungsdesign, Befragungsmethoden und anderes mehr. Dieses Vorhaben wurde vom FA besonders begrüßt, weil es eines der ersten ist, das sich insbesondere mit der Lebenssituation von Menschen mit wesentlichen seelischen Behinderungen befasst.

Schließlich standen auch die schon fast ermüdend lang dauernden Gespräche der ASMK und die daraus folgenden Entwicklungen des BTHG und deren Auswirkung auf Heime bzw. die Unterstützung von Menschen mit komplexen psychischen Störungen auf der Tagesordnung. Die grundsätzlich formulierten Anforderungen an ein neues BTHG werden vom FA geteilt. Allerdings bereiten die unschwer erkennbaren Sparbemühungen der öffentlichen Haushalte und die unklaren Schnittstellen z.B. zu SGB V und SGB XI Sorgen. In diesem Zusammenhang hat sich der FA auch mit dem Thema anderer Finanzierungsformen in der Eingliederungshilfe unter Einschluss von Sozialraumbezügen beschäftigt.

Der unerwartete Tod von Klaus Laupichler hat den FA im vergangenen Jahr sehr bewegt. Klaus war immer ein wesentlicher Mitdiskutant bei allen Themen, der aus der eigenen Betroffenheit eine klare und sehr differenzierte Meinung zur Unterstützung von Menschen mit komplexen Hilfebedarfen ableitete. Glücklicherweise hat der FA eine neue Mitstreiterin aus dem Kreis der Psychiatrie-Erfahrenen gewinnen können.

Für die nächste Sitzungsperiode hat der FA zwei Projekte vor:

- In 2017 will der FA eine Tagung zum Thema Inklusion für Menschen mit wesentlichen seelischen Behinderungen veranstalten. Die ersten vorbereitenden Arbeiten finden bereits statt.
- Zum anderen ist die Neufassung der Broschüre ‚Teilhabe auf dem Weg zur Inklusion‘ vorgesehen. Die vorliegende (2012) ist nicht nur auf Grund der vermutlich 2017 kommenden gesetzlichen Änderungen veraltet, auch manche inhaltlichen Forderungen und beschriebene Positionen bedürfen einer Modernisierung.

Erfreulicherweise konnten wir wieder ein paar neue Mitwirkende gewinnen, allerdings sucht der FA noch Kollegen/innen aus Hessen,

Berlin und Bayern.

*Für den Fachausschuss Menschen in Heimen:
Wolfgang Bayer*

*Kontakt:
Wolfgang Bayer
c/o Stiftung Das Rauhe Haus
Stiftungsbereich Sozialpsychiatrie und Altenhilfe
Beim Rauhen Hause 21
22111 Hamburg
Tel.: (040) 65 591-117
E-Mail: wbayer@rauheshaus.de*

Arbeitskreis Psychiatrische Pflege

Der Arbeitskreis Pflege befasste sich in den vergangenen zwei Jahren inhaltlich mit den Themen des Pflegestärkungsgesetzes und der Pflegebildung, vor allem nach dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform der Pflegeberufe (Pflegeberufereformgesetz – PflBRefG) sowie den immer schwieriger werdenden Rahmen- und Arbeitsbedingungen der (Psychiatrischen) Pflege, vor allem im stationären Bereich.

■ Akademisierung und Bildungsdurchlässigkeit der Pflege

Die Diskussionen drehten sich inhaltlich um die Frage, wie der internationale und europäische Anschluss in der pflegerischen Bildung mehr forciert werden könnte und welche Modelle denkbar wären.

■ Rahmen- und Arbeitsbedingungen der Pflege

Diese Diskussion wollen wir beim Fachtag im Juni 2016 ausweiten und auch nach Möglichkeiten suchen, wie Pflegenden selbst etwas tun können, um diesbezüglich mehr Widerstand zu leisten.

Veränderte Arbeitsweise

Der Arbeitskreis Psychiatrische Pflege hat im Vorfeld der Jahrestagung in Trier im November 2015 beschlossen, sich in Zukunft nicht mehr so regelmäßig an Wochenenden zu treffen. Er möchte so die bisherige Struktur verändern und eine neue auszuprobieren. Künftig wird einmal im Jahr ein Fachtag zur Psychiatrischen Pflege organisiert, außerdem treffen wir uns bei der DGSP-Jahrestagung oder am Rande. Kontakt und Absprachen sollen künftig mehr über das Internet erfolgen. Der erste Fachtag findet am 24. Juni 2016 unter dem Thema „Psychiatrische Pflege im Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ im DGB-Haus in Frankfurt am Main statt. Wir hoffen, dass wir bei diesem Fachtag auch neue Mitglieder gewinnen können, die sich dann in der DGSP und im Arbeitskreis engagieren.

Broschüren

Der Arbeitskreis Pflege in der DGSP hat 2015 folgende Broschüren erarbeitet:

■ Standortbestimmung Psychiatrische Pflege in der DGSP

In diesen Ausführungen wurde eine Perspektive, eine Bestandsaufnahme und Konsequenzen für die Zukunft zu unterschiedlichen Themen der Psychiatrischen Pflege festgehalten. Die Definition Psychiatrischer Pflege des Arbeitskreises wurde dabei zugrunde gelegt:

„Psychiatrische Pflege setzt am Alltag, der Lebens- und Krankheitsgeschichte, den Folgen der Erkrankung und den Fähigkeiten bzw. Grenzen des Einzelnen an. Sie stützt sich im Wesentlichen auf drei Säulen ihres Handelns: Kontakt- und Beziehungsgestaltung, Gestaltung eines förderlichen Milieus sowie Gesundheitsförderung, Alltags- und Krankheitsbewältigung.“

■ „75 Jahre Euthanasie-Erlass – Nachdenken über das, was wir in den pflegerischen Berufen mit der Geschichte lernen können und was wir nachfolgenden Generationen weitergeben müssen und können“

Zum Anlass 75-jährigen Gedenken des Euthanasie-Erlasses am 1. September 2014 haben federführend Günter Storck und Hilde Schädle-Deininger eine Broschüre zusammengestellt.

Beide Broschüren sind auf der Homepage der DGSP zu finden.

Stellungnahmen

■ Zweites Pflegestärkungsgesetz

Wichtig war uns zu betonen, dass das zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) nicht dazu führen darf, dass in vollstationären Einrichtungen in der Zukunft ausschließlich „Schwerstpflege“ geleistet wird. Eine solche Entwicklung würde die Einrichtungen zu sogenannten „Siechenhäusern“ degradieren. In einem solchen

Klima werden hilfsbedürftige zu Pflegenden schwerst belastet und professionell Pflegenden demotiviert. Außerdem leistet eine solche Verschärfung der Forcierung höherer Pflegestufen Vorschub. Wir stellten zudem fest, dass der Pflegekräftemangel auch nach der Veränderung des Pflegestärkungsgesetzes eine zentrale Rolle spielt und dass in diesem Zusammenhang weiterhin offen bleibt, wie in allen Versorgungsbereichen qualitativ gute, professionelle Pflege in Zukunft aussehen soll.

Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform der Pflegeberufe (Pflegeberufe-Reformgesetz – PflBRefG):

Wir haben einige Aspekte des Gesetzes herausgegriffen – beispielsweise, dass trotz der verankerten „Vorbehaltenen Tätigkeiten“ der Pflegebedarf von qualifizierten Pflegepersonen nicht erhoben werden kann, sondern weiterhin vom Arzt verordnet werden muss, oder auch die Thematik der Pflegebildung an Hochschulen und in betrieblicher Ausbildung.

Diese Papiere sind ebenfalls unter Stellungnahmen auf der Homepage zu finden.

Zusammenarbeit mit anderen Verbänden

Wir nehmen teil am Verbändedialog Psychiatrische Pflege, zu dem die folgenden Verbände gehören:

■ Bundesvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen in der Psychiatrie (BFLK)

■ Bundesinitiative Ambulante Psychiatrische Pflege (BAPP)

■ Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege (DFPP)

■ Bundesarbeitsgemeinschaft Leitender Mitarbeiter Pflege- und Erziehungsdienst kinder- und jugendpsychiatrischer Kliniken und Abteilungen (BAG)

■ Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) – Arbeitskreis Pflege

■ Referat Pflege der DGPPN

■ Sektion Psychiatrische Pflegeforschung der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft (DGP)

Im betreffenden Zeitraum verabschiedete der Verbändedialog zwei Erklärungen:

■ die Weinsberger Erklärung im März 2015 zu PEPP

■ die „Gütersloher Erklärung“ im März 2016 zum Gesetzesentwurf (Pflegeberufe-Reformgesetz – PflBRefG)

Beide Erklärungen sind bei der DGSP erhältlich. Außerdem gestalten die Verbände beim jährlichen DGPPN-Kongress einen gemeinsamen Stand zur Psychiatrischen Pflege, bei dem jeder Verband auch Info-Material auslegt. Wir sind immer erstaunt, wie viele Personen Interesse an unserem Stand haben.

Für den Arbeitskreis Pflege:

Hilde Schädle-Deininger

Kontakt:

Hilde Schädle-Deininger

Sinnweg 35 a

63071 Offenbach

Tel.: (0 69) 85 14 28

Fachausschuss Psychopharmaka

Die wesentliche Aufgabe des Fachausschusses Psychopharmaka bestand in den letzten drei Jahren in der Erstellung einer Broschüre zum Thema Reduzieren und Absetzen von Neuroleptika. Grundlage bildeten das Memorandum zum Problemfeld Neuroleptika und die Forschungsarbeit von Volkmar Aderhold.

Die Broschüre erschien im Herbst 2014 und wurde und wird auch noch immer stark nachgefragt.

Weitere Themen des Fachausschusses waren:

- Organisation und Durchführung eines juristischen Expertenhearings. Die uns umtreibende Fragestellung betraf die Verordnungspraxis von Neuroleptika und die sich daraus eventuell ergebende Klagemöglichkeit von Betroffenen. Die Frage konnte nicht hinreichend geklärt werden.
- Vorbereitung und Durchführung der Fachtagung „Psychose-Begleitung und Neuroleptika“ am 3.-4. Juni 2016 in Bad Honnef. Der Erfolg dieser Tagung wird darüber entscheiden, ob und in welchem Format weitere Tagungen zu diesem Thema angeboten werden.
- Volkmar Aderhold und Jann Schlimme verfassten für den Fachausschuss eine Stellungnahme zu Reduktionsstudien. Sie wird auf der DGSP-Homepage veröffentlicht. Reduktionsstudien sind sicher wertvoll und wichtig, so sie korrekt durchgeführt werden. So kann z.B. zu schnelles Reduzieren falsche Ergebnisse und Schlussfolgerungen zeitigen. Auf diese und andere Bedingungen weist die Stellungnahme hin.
- Die Überarbeitung der Denkanstöße konnte nur per Mail erfolgen und führte zu kontroversen Diskussionen. Der Fachausschuss einigte sich auf die nun vorliegende Fassung.
- Eine Gruppe im Fachausschuss erarbeitet ein Thesenpapier zum Umgang mit Antidepressiva.

Weiterhin waren Mitglieder des Fachausschusses an Gesprächen mit der DGPPN beteiligt. Verschiedene Stellungnahmen in der mittlerweile doch kritischer werdenden Auseinandersetzung hinsichtlich Einsatzes von Neuroleptika wurden verfasst.

Der Fachausschuss trifft sich ca. dreimal im Jahr und unterhält einen regen Mailverkehr. Dies ermöglicht auch zwischen den einzelnen Treffen eine Absprache.

Wir sind an weiteren Mitarbeitern interessiert, natürlich sind wir trialogisch besetzt.

Für den Fachausschuss Psychopharmaka:

*Kontakt:
Renate Seroka
Seroka2014@gmail.com*

Fachausschuss Psychotherapie

Der Fachausschuss trifft sich zwei- bis dreimal jährlich. Er hat aktuell zehn Mitglieder, von denen fünf aktiv sind.

Der vom Fachausschuss entwickelte Kurs „Psychotherapeutische Grundhaltung“, wird als fünfter Kurs im Juni 2016 in Frankfurt/Main erfolgreich beendet. Er wurde von drei Ausschusssmitgliedern (D. Becker, M. Busch und U. Merkel) über sechs Wochenenden geführt.

Im Januar 2017 in Erfurt einen neuen Kurs beginnen und hoffen auf viele Anmeldungen.

Neben aktuellen Themen aus der „Psychotherapielandschaft“ referieren in jeder Sitzung Mitglieder im Sinne gegenseitiger Fortbildung, z.B. zu neuen Forschungsergebnissen, eigenen Erfahrungen u.a.m. Aktuell diskutieren wir z.B. auch Themen wie: Änderungen des Patientenrechte-Gesetzes und Auswirkungen auf unsere therapeutische Arbeit, Behandlungsmöglichkeiten von Flüchtlingen und Migranten, die Entwicklungen zum Bundesteilhabegesetz, Antragsmodalitäten zur Psychotherapie, Veränderungen in den Therapie-richtlinien, zur Psychopharmaka-Therapie im Rahmen von psychotherapeutischen Behandlungen, zuletzt aber auch darüber, was wir als Mitarbeiter selbst brauchen, um arbeits- und leistungsfähig zu bleiben. Wir haben aktuelle psychiatriepolitische Stellungnahmen erarbeitet und zuletzt die „Denkanstöße“ der DGSP neu überarbeitet. Aktiv ist die Mitarbeit an den S3-Leitlinien Schizophrenie, wo uns Clemens Firnenburg vertritt. Auch sind wir durch die Beiratsmitglieder Thomas Bock und Ute Merkel im Dachverband Deutschsprachiger Psychosenpsychotherapie (DDPP) repräsentiert.

Als großer Erfolg ist aus dieser Arbeit zu vermelden, dass die Psychotherapie-Richtlinien jetzt so verändert sind, dass Psychotherapie bei Psychosen uneingeschränkt und in jeder Krankheitsphase möglich ist.

Weil einige aus unserer Arbeitsgruppe neue Aufgaben übernehmen mussten, verringerte sich die Zahl der aktiven Mitglieder. Wir freuen uns deshalb über neue Mitstreiter.

*Für den Fachausschuss Psychotherapie
Dr. Ute Merkel*

*Kontakt:
Dr. Ute Merkel
Pinkowitz 4d
01665 Klipphausen
Tel.: 0162 9 88 80 91
E-Mail: drsmerkel@gmx.de*

Fachausschuss Sucht

Der Fachausschuss Sucht hat den seit 2006 gemeinsam mit der BAG Wohnungslosenhilfe, dem Betreuungsgerichtstag e. V., dem DBH e. V. – Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik und dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit sowie jeweils örtlichen Kooperationspartnern inzwischen fünfmal durchgeführten Fachtag Sucht am 8. und 9. April 2016 zum sechsten Mal durchgeführt. Es kamen etwa 150 TeilnehmerInnen, vornehmlich aus den nördlichen Bundesländern, und vor allem aus den der Suchthilfe angrenzenden Bereichen. Im Vordergrund stand wieder die Stärkung der an den Schnittstellen tätigen Kolleginnen und Kollegen, das Aufzeigen der Spannweite zwischen Akzeptanz und Grenzen gegenüber Suchtmittel konsumierenden Betroffenen und Möglichkeiten des Umgangs.

Der FA tagt in den letzten Jahren zwei- bis dreimal jährlich an verschiedenen Orten mit in der Regel neun bis zwölf Teilnehmern. Es gibt immer wieder Anfragen zur Mitarbeit von Interessierten, zuletzt konnten zwei neue Kollegen für die Mitarbeit gewonnen werden.

Aktuelle Themen und Fragestellungen:

- Suchtkrankenbehandlung im psychiatrischen Verbund – Stellenwert der Rehabilitation:
Es gibt immer mehr eine Verschiebung in der Versorgung Abhängiger. Psychiatrische Verbünde bieten umfangreiche Behandlungen an, welchen Stellenwert hat die traditionelle Rehabilitation dabei? Konsequenzen für eine bedarfsgerechte Versorgung.
- Forensik: Stand und Entwicklung des Maßregelvollzugs (Kontakt zu Heinz Kammeier aufgenommen)
Übernimmt der MRV inzwischen wesentliche Versorgungsaufgaben – jenseits der eigentlichen Indikation? Prüfung einer gemeinsamen Fachtagung mit dem FA Forensik
- Cannabis als Medikament einsetzen?
Das Verhältnis von medizinischer Nutzung und Legalisierung ist zu bestimmen
- PEPP ist weg – was bedeutet die neue politische Linie in der Suchtkrankenversorgung?
- Denkanstöße wurden überarbeitet

*Für den Fachausschuss Sucht:
Thomas Bader*

*Kontakt:
Thomas Bader
Drogenhilfe Tübingen e. V.
Karlstraße 2
72072 Tübingen
Tel.: 0171 9915827
Fax: (0 70 71) 7 95 20 16
E-Mail: tb.bader@t-online.de*

Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)

DGSP Baden-Württemberg e.V. (DGSP-BW)

Personelle Situation im Vorstand und Vorstandsitzungen

Der Vorstand der DGSP BW besteht aktuell aus den Kolleg/-innen Friedrich Walburg, Jürgen Bielesch, Regina Trautmann, Dr. Klaus Obert und Monika Bachmaier.

Regelmäßig an den Sitzungen des Vorstandes nehmen zusätzlich folgende Mitglieder teil: Iris Meier-Strecker (Diakonisches Werk Württemberg), Christoph Reinstadler (Caritasverband Stuttgart) und Waltraud Riek (Caritasverband Biberach). Sporadisch nehmen Mitarbeiter/-innen aus sozialpsychiatrischen Einrichtungen Stuttgarts als „Gäste“ an den Sitzungen teil. Wir sind kontinuierlich bestrebt, weitere, vor allem junge Kolleg/-innen zur kontinuierlichen Mitarbeit in der DGSP und im Vorstand zu bewegen und zu gewinnen.

Insgesamt fanden in den zwei Jahren sieben in der Regel halbtägige Vorstandsitzungen statt, in der Regel in Stuttgart, aber auch z.B. in Heidenheim und in Ravensburg. Selbstverständlich könnte die Vorstandssitzung je nach Bedarf und Anfrage auch andernorts stattfinden.

Themen und Inhalte der Vorstandsitzungen und Aktivitäten

Vielfältige psychiatriepolitisch aktuelle Themen bestimmten neben der Planung von Tagungen die Vorstandssitzungen:

- das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz,
- die Sozialpsychiatrischen Dienste sowohl in BW als auch die Mitarbeit im bundesweiten Netzwerk der SpDis,
- Betreutes Wohnen in engem Zusammenhang mit der Diskussion und der Einrichtung um geschlossene Wohnheimplätze und der Umsetzung regionaler Versorgungsverpflichtung,
- die Erhaltung und Weiterentwicklung psychiatrischer Pflegedienste vor dem Hintergrund der Kündigung der sogenannten „Chronikerverträge“ durch die AOK (Sonderpflegedienste in Stuttgart und Reutlingen als auch die Pflegedienste der Zentren für Psychiatrie
- die Veränderung der Richtlinien der Soziotherapie und welche Auswirkungen dies auf die Praxis haben wird,
- die Krankenhausfinanzierung: die Infragestellung von Pepp und die Planung und Umsetzung von Home Treatment und Modellvorhaben nach § 64 b,
- die Diskussion um das geplante Bundesteilhabegesetz,
- sowie die Zusammenarbeit zwischen der Forensik und den regionalen Gemeindepsychiatrischen Verbänden.

Die Befassung und Auseinandersetzung mit den verschiedenen Themen besteht vorrangig im Austausch, in der Erarbeitung von Positionen und Haltungen, in der Vorbereitung von Tagungen, in der Vernetzung mit anderen Akteuren und der Absprache, wer dann was unternimmt. Dies bedeutet, dass wir die unterschiedlichen Netzwerke und Verbindungen nutzen und zu deren Weiterentwicklung beitragen. Beispiele sind:

- die Mitarbeit im Netzwerk Psychiatrie Baden-Württemberg
- die enge Abstimmung mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege,
- die Mitgestaltung der Arbeit des bundesweiten Netzwerks der Sozialpsychiatrischen Dienste (Vertretung des Vorstandes in der Steuerungsgruppe),
- die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Selbsthilfeorganisationen,
- die Federführung des Arbeitskreises Verbundentwicklung Baden-Württemberg
- das regelmäßige, jährlich stattfindende Kooperationsgespräch im Sozialministerium

■ regelmäßige Kontakte mit weiteren politisch Verantwortlichen im Land, in den Kommunen und Landkreisen.

Von Vorteil ist diesbezüglich die enge Personalunion der Vorstandsmitglieder in und mit verschiedensten Organisationen sowohl im Land als auch bundesweit: Bundesvorstand der DGSP, Mitarbeit in Fachausschüssen der DGSP, Mitarbeit im bundesweiten Kontaktgespräch der Psychiatriefachverbände, in der Aktion psychisch Kranke, in der Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrischer Verbände etc.

Vorbereitet und durchgeführt wurde die Tagung: „40 Jahre Psychiatrie Enquete – Von der Klinik in die Gemeinde“ am 14.01.16. Die Tagung war sehr gut besucht und führte durchweg zu positiven Rückmeldungen.

2015 wurde keine eigene Tagung geplant. Jedoch waren wir intensiv an der Planung und Durchführung des Landespsychiatrietags im Juni 2015 und an der Regionaltagung des bundesweiten Netzwerks Sozialpsychiatrischer Dienste für die SpDis in Bayern und Baden-Württemberg im September 2015 in Irsee beteiligt. Hinzu kommt die Vorbereitung des heutigen Fachtags zur Forensik.

Anstehende Themen in der nächsten Zukunft

Die oben genannten Themen werden uns auch weiterhin beschäftigen:

- das Pflegestärkungsgesetz,
- das Bundesteilhabegesetz,
- die Krankenhausfinanzierung und die eventuell eher möglicher werdende Umsetzung von Home Treatment und Modellvorhaben 64 b (Eckpunktepapier von Gesundheitsminister Gröhe)
- die Diskussion um geschlossene Wohnheimplätze und konsequente Umsetzung regionaler Versorgungsverpflichtung,
- die Umsetzung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes,
- Psychiatrische Pflege in Baden-Württemberg, Arbeit und Tätigsein für psychisch kranke Menschen,
- Gerontopsychiatrische Hilfen und Versorgung in Baden-Württemberg,
- Wohnungslose, psychisch kranke Menschen,
- psychisch belastete und psychisch kranke Flüchtlinge,
- Gedenktagvorbereitung im Januar 2017
- Die Forensik als Bestandteil der Sozialpsychiatrie und des Gemeindepsychiatrischen Verbundes

Intensivierung der Suche und die Gewinnung von jungen Kolleg/innen zur Mitarbeit in der DGSP.

*Für den Vorstand:
Dr. Klaus Obert*

*Kontakt:
Friedrich Walburg / Monika Bachmeier
GPZ Stuttgart-Vaihingen
Robert-Koch-Straße 9
70563 Stuttgart
Tel.: (07 11) 7 35 20 19
Fax: (07 11) 7 35 57 92
E-Mail: info@dgsp-bw.de
www.dgsp-bw.de*

Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BayGSP)

Es ist ein recht „lichtes“ Netzwerk, das die BayGSP knüpft und zusammenhält, und zu einzelnen Fachthemen nach außen wirkt. Die Vorstands- und Aktiven-Treffen finden mittlerweile alle drei Monate in München statt. Regionale Treffen gibt es wenn, dann zu einzelnen Projekten oder Veranstaltungen. Und es sind wenige, sich bekannte Gesichter, die sich seit Jahren die Themen teilen und zu spielen und für Engagements auch mal zusammenrücken. Der Zustrom und Verbleib von „jungen“ Geistern hält sich nach wie vor in Grenzen – auch wenn die Diskurse recht gehaltvoll und frei verlaufen.

Da ist es doch bemerkenswert, wie viele Auftritte nach wie vor den Stempel „BayGSP“ tragen – bzw. mittragen: Das Eintreten mit anderen Verbänden und Institutionen zugunsten eines gemeinsamen Ziels bewährt sich durchgängig. Und dies nicht nur wegen der Ressourcen, auch wegen der Freiheit des ungebundenen Fachverbandes, aus dem heraus Positionen manchmal deutlicher vertreten werden können:

- „EX-IN“ ist mittlerweile ein Markenzeichen in Ausbildung, Einsatz und bezahlten (Minijob-)Stellen für Genesungsbegleiter in der Sozialpsychiatrie Oberbayerns, und darüber hinaus auch bald in anderen Regionen Bayerns geworden. Die Mitwirkung der BayGSP-Vertreter (Thomas Meinhart und Ruth Weizel) an der „Dialogischen Arbeitsgemeinschaft EX-IN“ hat dafür wesentliche Voraussetzungen geschaffen.
- PsychKHG Bayern: Die von der BayGSP wesentlich angestoßene Initiative zugunsten eines modernen Gesetzes wurde von allen Fachverbänden und nach zahlreichen Veranstaltungen auch schließlich von allen im Landtag vertretenen Parteien aufgegriffen. Ein „Runder Tisch“ – moderiert vom Gesundheitsministerium und angelehnt am Beispiel Baden-Württembergs – erarbeitete in 2015 breit diskutierte und im Konsens verabschiedete „Eckpunkte für ein PsychKHG“. Dieser auch von der Landespolitik bemerkenswert konnotierte Prozess wird Anfang 2017 – nach Verbände-Anhörung und Endredaktion – zu einem Gesetzentwurf führen, der noch in der laufenden Legislatur im Landtag verabschiedet werden soll. „Wieviel Geld soll in den Ausbau der Hilfen fließen? Wieviel Transparenz über das Unterbringungsgeschehen im Land soll durch eine Berichterstattung und durch ‚Beschwerdestellen‘ aufgelegt werden? Wieviel Transparenz soll in die Planung und Steuerung der Psychiatrie-Landschaft durch einen Landes-Psychiatriebeirat investiert werden?“ Das sind einige der Fragen, an denen traditionelle und emanzipatorische Positionen sich gerade auseinandersetzen.
- Das öffentliche Bild von Psychiatrie in Bayern ist häufiger Gegenstand in differenzierten öffentlichen Presseberichten geworden – das hatte auch mit den Aktivitäten und Kontakten einiger BayGSPler zu tun (insbesondere Heinrich Berger). Ein wichtiges Vermittlungsforum war hier das „Psychose-Seminar München“, dessen Einladungen sowohl LandespolitikerInnen als auch Pressevertreter gefolgt waren.
- Dabei wurde auch deutlich, dass eine Inklusions-Offensive, wie sie Staatsregierung und Gesundheitsministerium hochpreisig beworben hatten, die Belange seelisch gehandicapter BürgerInnen viel zu wenig in den Blick genommen hatte – und allgemeiner auch die prozess-orientierte Prävention seelischer Störungen in allen Lebensaltern. So lag es nahe, mit einigen sachkundigen Abgeordneten des Gesundheitsausschusses einen Inklusions-Tag im Landtag zu verabreden, der von der BayGSP und anderen Initiativen gestaltet wird, voraussichtlich im Frühjahr 2017.
- Die zweijährliche Psychiatrie-Tagung der Ev. Akademie in Tutzing – traditionell in Kooperation mit BayGSP und einem Trägerverein veranstaltet – brachte im April 2014 den 40-Jahres-Rückblick

auf die Psychiatriereform mit unterschiedlichen und sehr persönlichen Reflexionen in gewohnt bunter Mischung von Referenten und TeilnehmerInnen. In 2016 gab es zum Thema „Triolog“ ebenfalls wieder ein volles Haus und lebhaftes Gespräch zwischen den BesucherInnen aus allen Betroffenheits-Kreisen.

- Das NS-Dokumentationszentrum München gestaltete im Frühjahr 2016 eine Ausstellung und Veranstaltungsreihe zum Thema der NS-Euthanasie – wesentlich vorbereitet u.a. von Prof. Michael von Cranach. In seiner Begleitung lud die BayGSP zu einer viel beachteten und bewegenden Führung durch die Ausstellung ein.
- Und natürlich gab es auch einen Gründungs-Geburtstag zu feiern: Die BayGSP wurde 40 (auch sie!), im November 2014! Anlass für ein Stell-Dich-Ein und „Familientreffen“ in großer und heiterer Wiedersehens-Runde, bei der die heißesten Anekdoten und hitzigsten Wortgefechte aus der Gründungszeit und danach wieder aufleben konnten! Auf die nächsten 40 Jahre!
- Dazu passt auch ein Licht-Blick im Psychiatrie-live-ticker: In München wird in allernächster Zukunft (Sept. 2016) eine „ganz-tägig ambulante RPK-Einrichtung“ eröffnen! Dies nach langer Vorarbeit aus der RPK Bad Tölz heraus, und unter Mitwirkung mehrerer langjähriger BayGSPler (A. Torhorst, H. Berger, M. Jehle). So wird in München wenigstens die Reha-Lücke kleiner – Chapeau!

Für den Vorstand:
Manfred Jehle

Kontakt:
Manfred Jehle
Josephspitalstr. 7,
80331 München
Tel.: (0 89) 263747
E-Mail: baygsp@gmx.de

Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP)

Vorstandssitzungen:

Der Vorstand der BGSP tagt in der Regel monatlich und öffentlich. Termin und Ort sind über unsere Webseite zu erfahren (www.bsp-ev.de) oder per E-Mail zu erfragen (bgsp-ev@gmx.de). Gäste – auch Nichtmitglieder – sind immer herzlich willkommen. Bei den Treffen des Erweiterten Bundesvorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) ist die BGSP regelmäßig durch den 1. Vorsitzenden Christian Reumschüssel-Wienert vertreten.

Vereinsziele

Die Vereinsziele werden insbesondere erreicht durch Öffentlichkeitsarbeit, Durchführung von eigenen Veranstaltungen, Unterstützung anderer Aktivitäten wie Veranstaltungen, Herstellung und Verbreitung von Medien, Herausgabe von Stellungnahmen und Broschüren und Unterstützung sozialpsychiatrischer wissenschaftlicher Forschung. Für die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit betreibt die BGSP eine Internetseite (www.bgsp-ev.de).

Rückblick 2012

- Am 31. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt. Für den Geschäftsführenden Vorstand wurden gewählt: Christian Reumschüssel-Wienert, Ilse Eichenbrenner, Holger Kühne, Carmen Eger und Gisela Schmidt-Nieße, für den Erweiterten Vorstand Olaf Borck, Petra Heine, Katrin Nordhausen und Beate Willenberg.
- Am 22. November 2012 hat die BGSP eine Veranstaltung mit Robert Whitaker zum Thema „Anatomie einer globalen Epidemie:

Geschichte, Wissenschaft und langfristige Wirkungen psychiatrischer Medikamente“ veranstaltet. Unter großer Beteiligung hat die Veranstaltung mit Robert Whitaker im Rathaus Schöneberg stattgefunden. Über 200 Interessierte haben sich den Vortrag angehört und im Anschluss eine engagierte Diskussion geführt. Wir bedanken uns bei allen Beteiligten, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben.

2013

■ „Junge psychisch erkrankte Erwachsene auf der Suche ... nach ... ? Arbeit ?“,

30.05.2013

Das Thema „Neue Wege für psychisch Erkrankte in Arbeit“ wurde zum Schwerpunkt für die nächsten Sitzungen erklärt. Am 30.5.2013 hat Carmen Eger dazu einen Abend vorbereitet zu folgenden Fragen: Was brauchen junge Menschen, um ggf. eine sinnvolle Beschäftigung aufnehmen zu können und welche Möglichkeiten der Finanzierung sind vorhanden oder könnten geschaffen werden? Carmen Eger hat junge Erwachsene seit vielen Jahren begleitet und an dem Abend erläutert, wie die Lebenswelten und Bedingungen sind, an denen sich unsere professionelle Unterstützung orientieren muss, wenn sozialpsychiatrische Angebote junge erkrankte Menschen wirklich erreichen sollen. Der Abend begann mit kleinen Filmausschnitten, danach haben wir interaktiv versucht, uns jungen Menschen und deren Bedarfe anzunähern. Die Veranstaltung hat stattgefunden bei der Reha-Steglitz gGmbH, Bergstraße 1, 12169 Berlin.

■ BGSP unterstützt den 9. Trialogischen Kongress: „Jeder Mensch hat eine Stimme“

Die BGSP hat den 9. Trialogischen Kongress des Netzwerk Stimmenhören e.V. mit einer finanziellen Zuwendung unterstützt. Der Kongress mit dem Rahmenthema „Jeder Mensch hat eine Stimme“ hat am 18. und 19. Oktober 2013 in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Neukölln, Abteilung Gesundheit, Psychiatriekoordination stattgefunden.

■ Offener Brief an den Senator für Gesundheit und Soziales, 20.11.2013

Die BGSP fordert Rücknahme der Entscheidung, die Motivationszulage im Verdienst auf die Grundsicherung anzurechnen. Viele Menschen mit seelischen Behinderungen sind in sog. Zuverdienstbetrieben tätig. Bisher wurden diese Zuwendungen nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Seit August 2013 werden sie nun teilweise auf die Grundsicherung angerechnet. Das bedeutet, dass Menschen, die mehr als 47,60 € pro Monat als Zuwendung erhalten, damit rechnen müssen, dass ihre Grundsicherung entsprechend gekürzt wird. Bei vielen Betroffenen hat diese Maßnahme zu Verunsicherung, Verärgerung und Demotivierung geführt.

Die Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP) hat am 20. November 2013 einen offenen Brief an den Senator für Gesundheit und Soziales, Herrn Mario Czaja, geschrieben und fordert ihn auf, diese Maßnahme zurückzunehmen. Dieser Brief wurde von über 500 Unterstützer/-innen befürwortet. In seinem Antwortschreiben verwies der Senator auf die Rechtslage, sagte aber zu, sich beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales für unser Vorhaben einzusetzen

2014

■ „Wohnungslos und psychisch krank – ungewöhnliche Wege in die Eingliederungshilfe“,

11.06.2014

Die BGSP hat eine Veranstaltung zum Thema „Wohnungslos und psychisch krank – ungewöhnliche Wege in die Eingliederungshilfe“ durchgeführt. Hintergrund war die Veränderung in der Leistungsbeschreibung des „Betreten Wohnens“, die nun eine unkomplizierte Betreuung wohnungsloser Menschen für gewisse

Zeit erlaubt. Trotz großer Hitze, offizieller Unwetterwarnung und Schienenersatzverkehr sind etwa 120 Menschen unserer Einladung gefolgt und zur Veranstaltung der BGSP in die Krankenhauskirche im Wuhlgarten gekommen. Wir freuen uns über diesen großen Zuspruch und über den erfolgreichen Verlauf eines interessanten Nachmittags bei hochsommerlichen Temperaturen. Gedenkveranstaltung für die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation, 06.09.2014

Am Sonnabend, dem 6. September 2014, fand an der Philharmonie in der Tiergartenstraße 4 in Berlin-Mitte eine Gedenkveranstaltung für die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation statt, die auch von der BGSP unterstützt wurde. Zahlreiche Verbände, darunter auch die BGSP und DGSP, haben im Rahmen des Aktionskreises T4-Opfer zur Teilnahme aufgerufen.

■ Positionen zu einem Bundesteilhabegesetz

Um die Diskussion innerhalb der DGSP zu beflügeln, hat der Vorstand der BGSP im November 2014 ein Positionspapier zu den Diskussionen um ein Bundesteilhabegesetz entwickelt und an die DGSP gesandt.

2015

■ BGSP-Mitgliederversammlung,

22.04.2015

Am 22. April hat die Mitgliederversammlung der BGSP stattgefunden. Dr. Wolfram Voigtländer hat über die bisherigen Planungen des Vereins „Außenseiterkunst in Berlin e.V.“ berichtet, der vor zwei Jahren gegründet worden ist. Ziel ist die Eröffnung eines Hauses für Außenseiterkunst in einem denkmalgeschützten ehemaligen Maschinenhaus in Charlottenburg am Rande des Schlossparks auf dem Gelände des ehemaligen Kaiserin-Auguste-Viktoria-Krankenhauses. Weitere Informationen zu den Aktivitäten gibt es auf der untenstehenden Webseite. Dort kann man sich auch einen Aufnahmeantrag für die Mitgliedschaft im Verein herunterladen. www.aussenseiterkunst-berlin.de

■ Neuer BGSP-Vorstand:

Dem geschäftsführenden Vorstand gehören an: Christian Reumerschüssel-Wienert, Ilse Eichenbrenner, Uwe Brohl-Zubert, Swantje Wagner und Holger Kühne.

Für den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Olaf Borck, Petra Heine, Katrin Nordhausen und Gisela Schmidt-Nieße.

■ „Nicht alles schlucken“ – Ein Film über Krisen und Psychopharmaka von Jana Kalms, Piet Stolz und Sebastian Winkels

Der Film wurde beim DOK.fest, dem 31. Internationalen Dokumentarfilmfest München, im Mai 2015 uraufgeführt und erhielt dort den Preis der Untertitel-Werkstatt Münster. „Ein engagierter Film wider die Betroffenheit. Ein Film, der beweist, dass jede politische Aussage auch ihre ästhetische Form bedingt.“ (Zitat aus der Begründung der Jury) Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.nichtallesschlucken.de. Die BGSP hat die Herstellung des Films durch eine Spende unterstützt. Am 9. November wurde der Film in Fernsehen auf 3sat gezeigt. Wir wünschen dem Film weiter ein großes Publikum!

■ Broschüre zum Betreuungsrecht erschienen

Die BGSP ist Herausgeberin einer Broschüre zum Betreuungsrecht, die von einer Redaktionsgruppe erstellt wurde und im September 2015 erschien. Unter dem Titel „Informationen zur Rechtlichen Betreuung für Psychiatrie-Erfahrene und ihre Angehörigen“ werden alle wichtigen Aspekte anschaulich dargestellt und erläutert. Die Broschüre fand große Anerkennung und wurde bereits in zweiter Auflage gedruckt.

■ Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie hat die Arbeit aufgenommen

In der Trägerschaft der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. hat das „Berliner Archiv für Sozialpsychiatrie“ Ende des Jahres 2015 seine Arbeit aufgenommen. Ziel des Archivs ist es, wichtige Literatur, Dokumente und Medien über die Entwicklung

der Sozial- und Gemeindepsychiatrie zu sammeln und so für die Nachwelt zu erhalten. Gesammelt werden Bücher, Fachzeitschriften, Broschüren, Tagungsberichte, Flugblätter, sog. „graue“ Literatur usw. Hierfür wurden geeignete Räumlichkeiten gemietet. Alle Tätigkeiten für das Archiv werden ehrenamtlich geleistet.

■ DGSP-Jahrestagung 2016 in Berlin,

6.-8.10.2016

Die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. findet im Jahr 2016 in Berlin statt. Die Fachtagung hat das Rahmenthema „Sozialpsychiatrie 40.0 – Nach der Reform ist vor der Reform!“ und findet vom 6.-8. Oktober 2016 statt in der Charité, Campus Virchow-Klinikum, Augustenburger Platz 1, 13353 Berlin. Die örtliche Vorbereitungsgruppe wurde im Herbst 2015 vom Vorstand der BGSP gebildet und tagt regelmäßig im Rahmen der Vorstandssitzungen der BGSP. Neben den Vorstandsmitgliedern sind weitere Expert/innen an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung beteiligt.

Für den Vorstand:

Holger Kühne

Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.

Holger Kühne

Innsbrucker Str. 2

10825 Berlin

E-Mail: bgsp-ev@gmx.de

Internet: www.bgsp-ev.de

Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BraGSP)

Der Landesverband Brandenburg hat derzeit 35 Mitglieder. Im Januar 2016 wurde der Vorstand neu gewählt. Der Vorstand lädt regelmäßig zu einer Jahresmitgliederversammlung und drei Mitgliedertreffen bzw. vereinsöffentlichen Vorstandssitzungen ein.

Nach dem Wechsel der Landesregierung gab es im Februar 2015 ein Treffen des Vorstandes mit der Ministerin MASGF Frau Diana Golze und zwei Abteilungs-/Referatsleitern. Dabei wurden unter anderem folgende Themen angesprochen: Notwendigkeit eines Psychiatriereferats auf Landesebene, Weiterverfolgung des „Brandenburger Weges“ zur Vermeidung geschlossener Heime und Klinken für psychosomatische Medizin. Die Ministerin und ihre Mitarbeiter wirkten informiert und interessiert – ob dies zu weiterführenden Ergebnissen und der Berücksichtigung unserer Gesichtspunkte führt, bleibt abzuwarten.

BraGSP-Mitglieder engagieren sich in den Besuchskommissionen nach dem BbgPsychKG. Die Besuchskommissionen mussten 2015 neu berufen werden. Dazu gab es im Oktober 2015 eine Veranstaltung des Ministeriums, ebenfalls unter Mitwirkung von Mitgliedern der BraGSP.

Der Verein war Mitveranstalter einer Lesung mit Götz Aly am 27.5.2014 („Die Belasteten. Euthanasie 1939-1945. Eine Gesellschaftsgeschichte“) im Tucholsky-Museum Rheinsberg. Gefördert wurde auch das Filmprojekt „Nicht alles Schlucken“ von Prof. Peter Stolz und Jana Kalms und der DGSP-Forschungspreis, sowie die Teilnahme einer psychiatrieefahrenen Brandenburgerin an einer Empowerment-Fortbildung.

Anlässlich der Landtagswahl 2014 wurden Wahlprüfsteine für die Parteien formuliert und die Stellungnahmen der Parteien auf der Webseite der BraGSP veröffentlicht. Nach der Wahl formulierte der Vorstand seine Erwartungen in einem „Offenen Brief“ an die neue Landesregierung.

Die BraGSP gab Stellungnahmen zu psychiatriepolitischen Fragen ab, z.B. zum BbgPsychKG.

Das Fehlen eines Psychiatriedefrats auf Landesebene ist deutlich spürbar, die Verortung der Aufgaben im Referat für Grundsatzfragen führt dazu, dass psychiatriepolitische Themen in Brandenburg auf Landesebene kaum eine Rolle spielen.

*Für den Vorstand:
Berit Harrendorf*

*Kontakt:
Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BraGSP)
Andreas Habicht
Haeckelstr. 1
14471 Potsdam
Tel.: (0 33 1) 7 40 44 50
E-Mail: vorstand@dgsp-brandenburg.de
www.dgsp-brandenburg.de*

DGSP-Landesverband Bremen e.V.

Der Vorstand und interessierte Mitglieder sowie Gäste treffen sich jeden ersten Mittwoch im Monat zu den in der Regel öffentlichen Sitzungen. Darüber hinaus gibt es auch einige Treffen projektbezogener Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenschwerpunkten. Schon im Sommer 2013 fanden die ersten dialogischen Vorbereitungstreffen für die Jahrestagung 2014 mit dem Titel: „Sozialpsychiatrische Grundhaltung für Selbstbestimmung und die Vermeidung von Zwang“ im Kulturzentrum Schlachthof in Bremen statt und wurden bis kurz vor Beginn der Tagung fortgesetzt. Es fand sich eine sehr lebendige Gruppe aus vielen Bereichen in Bremen zusammen, die mit der Geschäftsführung aus Köln an dem Programm arbeitete. In Bezug auf die einzelnen Veranstaltungen haben wir uns bemüht, den Ansatz des Gendermainstreaming umzusetzen, in dem jeweils Mann und Frau im Tandem durch die Veranstaltungen geführt haben.

Am 14.01.2015 fand eine sehr gut besuchte dialogische Nachlese der Jahrestagung der DGSP statt.

Psychiatriepolitik im Bundesland Bremen

Wir haben die kritische Begleitung des bremischen Bürgerschaftsbeschlusses von 2012 zur Psychiatriereform fortgesetzt. Dazu haben wir die AG Politik gegründet. Sie tagt etwa einmal im Monat. In 2014 wurde von uns ein ausführliches Papier zur Umsetzung des Beschlusses der Bürgerschaft vom März 2013 zur „Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen – ein gesundheitspolitisches Zukunftsprojekt“ erstellt. Im Laufe des Jahres 2015 wurde der Workshop zum Stand des Bürgerschaftsbeschlusses am 28.01.2016 vorbereitet. Teilnehmende waren Vertreter_innen der Gesundheitsbehörde, des Klinikverbundes Gesundheit Nord, Psychiatrieerfahrene und Vertreter_innen der freien Träger. Dieser Workshop wurde dokumentiert und im Anschluss daran Empfehlungen des Landesverbandes erarbeitet. Auch konnten wir am Beschluss des Landesteilhabeberrates für die Umsetzung der UN-BRK zur Psychiatrie in Bremen mitarbeiten. Am 18.08.2016 wird es eine Deputationssitzung in der Bürgerschaft zur Psychiatrie geben, auf die wir uns in der AG Politik vorbereiten werden. Im Herbst ist eine eigene Veranstaltung der DGSP LV HB dazu vorgesehen. Anfang 2017 planen wir wieder Veranstaltungen mit Presse und Politiker_innen im Zusammenhang mit den Wahlprüfsteinen. Diese werden im Laufe dieses Jahres vorbereitet. Auch hier wird der Schwerpunkt auf der kritischen Begleitung der Psychiatriereform in Bremen liegen.

Weitere Tätigkeiten:

■ Regelmäßige Mitveranstaltung der Woche der Seelischen Gesundheit

2014 Motto: „Tu was, und es wird besser“

2015 Motto: „Gemeinsam für eine gesunde Gesellschaft“

2016 Motto: „Du musst nicht alles schlucken – Zwischen Fitnesskult und Psychopillen

■ PsychKG Bremen

Im Juni 2014 gab es eine gut besuchte dialogisch besetzte Veranstaltung der DGSP Bremen zum Bremer PsychKG, das vor der Verabschiedung stand. Titel: „Ist das neue Psychiatriegesetz ein Fortschritt?“

Presse und Politik waren vertreten, die Diskussionen lebendig und zum Teil kontrovers. Im April 2016 sind wir zur Mitarbeit in der Vorbereitungsgruppe Überarbeitung PsychKG von der Gesundheitsbehörde eingeladen worden. Diese AG wird sich wahrscheinlich einmal im Monat bis auf weiteres treffen.

■ Neuroleptika-Papier

Das von V. Aderhold und P. Kruckenberg 2014 erarbeitete Informationspapier bezog sich auf den Hintergrund unterschiedliche Kenntnisstände und Verhaltensgewohnheiten im Umgang mit Neuroleptika. Es soll Patient_innen unterstützen, besonders im Kontakt mit ihren Ärzt_innen zu gemeinsamen Lösungen bei strittigen Fragen bezüglich der Medikamente zu kommen. Es sind bisher viele, meist positive Rückmeldungen und Bitten um Weiterleitung auch aus anderen Bundesländern gekommen.

■ Unabhängige Fürsprache- und Beschwerdestelle

Im April 2014 kam es zur Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe vom Vorstand der DGSP und der EXPA zur Planung einer unabhängigen Fürsprache- und Beschwerdestelle in Bremen. Die EXPA in Bremen und in Bremerhaven ist eine dialogische Gruppe von Expert*innen durch Krisen- bzw. Psychiatrieerfahrung als Betroffene oder Angehörige und Expert*innen durch Berufserfahrung. Zurzeit wird an einem Antrag bei der Aktion Mensch gearbeitet und Öffentlichkeitsarbeit geleistet, um die Eigenmittel für die Umsetzung des Projektes einzuwerben. Dazu gehörten die Vorstellung des Konzeptes im Fachausschuss Allgemeinpsychiatrie des Landes Bremens und eine öffentliche Veranstaltung mit Frau Rossmann von der Beschwerdestelle Berlin am 22.10.2015.

■ Wahlprüfsteine

Die Veranstaltung vor der Wahl – „Wahlprüfsteine“ – hat in der DGSP Bremen eine langjährige Tradition und war sehr gut besucht. Wir planen eine Folgeveranstaltung mit den TeilnehmerInnen zur Nachlese, inwieweit die Zusagen der Parteien auch eingehalten wurden.

■ Zur beabsichtigten Schließung des Fachbereichs Psychologie wurde 2015 eine Stellungnahme verfasst.

Besuch der HGSP e.V.:

Der Besuch der HGSP am 25.02.2016 war sehr informativ. Ein Gegenbesuch wird am 28.09.2016 in Bremen stattfinden.

Organisation

Hier ist der Umzug der Geschäftsstelle, Aufbau von Mail-Verteilern und Bearbeitung der Homepage zu nennen. Insgesamt bemühen wir uns um einen gegenderten Auftritt.

*Für den Vorstand:
Sven Bechtolf*

*Kontakt:
DGSP LV Bremen e.V.
Sven Bechtolf
Waller Heerstraße 193
28219 Bremen
Tel.: (0421) 47 87 71 12
E-Mail: gs@dgsp-bremen.de
www.dgsp-bremen.de*

Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP)

Die HGSP e.V. ist seit 40 Jahren Landesverband der DGSP. Sie ist auf sozialpolitischer und praktischer Ebene tätig. Daneben betreibt die HGSP als alleinige Gesellschafterin drei gGmbHs, die Wohn- und Vermietungsgesellschaft GhWV, die Gemeindepsychiatrischen Dienste Nord Ost und das Gemeindepsychiatrische Zentrum Eimsbüttel. Der Vorstand, der sich im Wesentlichen um fachpolitische Themen kümmert, kann aus zehn Mitgliedern bestehen. Aktuell sind acht gewählte Mitglieder im Vorstand, es gibt keinen Vorsitz, lediglich Schriftführer und Kassenwart sind benannt. Als ständiger Gast sind die Geschäftsführer der GmbH geladen, wenn sie nicht ehemals dem Vorstand angehören. Die Sitzungen sind monatlich jeden dritten Donnerstags ab 17:45 Uhr und öffentlich.

■ 2013

Die HGSP schloss das Jahr 2013 mit einem Fachtag zum Open Dialog ab. Die Veranstaltung war mit 130 Teilnehmern gut besucht und konnte in den Räumen des Rauhen Hauses in Hamburg stattfinden. Der achtköpfige Vorstand setzte sich in dem Jahr mit dem Vorhaben des Asklepios Klinikum auseinander, die auf ihrem Klinikgelände ein geschlossenes psychiatrisches Wohnheim errichteten. In Gesprächen konnte unsere Forderung nach einer Dezentralisierung näher gebracht werden. Wenn auch nicht gesichert für die Zukunft, wurden zunächst nur rund 40 Plätze von geplanten 80 Plätzen errichtet. Erfreulich ist, dass daraus ein seitdem quartalsweiser Austausch zwischen HGSP-Vertretern und der Netzwerkmanagerin Psychiatrie von Asklepios Hamburg entstanden ist. Zwischen oder in den monatlichen Sitzungen waren folgende Themen wichtig: die Teilnahme zur Anhörung zu geplanten Änderungen im Maßregelvollzug; Beteiligung beim Thema Wohnraumversorgung durch Unterstützung von Schlüsselbund e.V.; Eröffnung von 33 Appartements in einer GmbH der HGSP; Gespräche mit dem Sozialsenator und der Gesundheitssenatorin. Persönlich ist er Vorstand von dem plötzlichen Tod des langjährigen sehr aktiven Vorstandsmitgliedes Wolfgang Kiel betroffen. Darüber hinaus traten Joachim Schwerdtfeger und Bernd Helge Hansen als langjährige Vorstandsmitglieder nicht mehr zur Wahl des Vorstandes an, auch in der HGSP zeichnet sich ein Generationenwechsel an. Aus diesem Grund traf sich der amtierende Vorstand mit interessierten Mitgliedern zu einer Vorstandsklausur. Insbesondere soll auch mit dem neuen Vorstand die weitere Entwicklung der HGSP als fachpolitische Gesellschaft auf der einen Seite und als Gesellschafter der „GmbH Betriebe“ weiter entwickelt werden.

■ 2014

Im Jahr 2014 feierte die HGSP ihr 40. Jubiläum im Rahmen einer Abendveranstaltung in der Patriotischen Gesellschaft und gab dabei eine Festzeitschrift mit 40 Statements heraus. Überschattet wurde das Berichtsjahr von dem frühen Tod des ehemaligen Vorstandsmitgliedes und engen Verbündeten Herrn B. H. Hansen im Frühjahr 2014. Neben den regulären Fachthemen, die alle mehr oder weniger aus ihrem Arbeitsalltag mitbringen, stand die Suche nach einem folgenden Geschäftsführer eines HGSP Betriebes im Vordergrund. Zum 01.01.2015 sollte Herr Hölzke als Geschäftsführer der GPD Nordost GmbH, einer 100 % Tochter der HGSP, in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Dies machte nochmal mehr deutlich, wie wichtig es war, die Themen der Fachgesellschaft und die der Gesellschafterin gut zu bedienen und ggf. zu trennen. Die Nachfolgesuche sollte allerdings im Geiste der HGSP stattfinden. Mit der Benennung des Kollegen Herrn Thomas Krug, der u.a. auch aus DGSP-Kreisen kommt, ist der Vorstand nach wie vor zufrieden. Fachlich wie auch aus Sicht der Gesellschafterin war der Vorstand sehr mit der Umstellung im System der Eingliederungshilfe und der Wiederausammen-

führung von zwei Systemen hin zu mehr Sozialräumlicher Arbeit beschäftigt. Weiterhin gibt es Austausch u.a. mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, mit den Initiativgruppen zur neuen Eingliederungshilfe sowie zur „Nutzerbeteiligung“. Gemeinsam mit den Angehörigen- und Betroffenen-Verbänden stand die Organisation einer Wahlveranstaltung zu psychiatrischen Versorgungsthemen an. Parallel dazu wird der Kontakt zwischen den Aufsichtsräten der GmbHs und dem Vorstand intensiviert. Im Hintergrund wird die Homepage gestaltet.

■ 2015

Im Jahr 2015 wurden weiterhin kritisch eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten und der Zusammenarbeit im Vorstand vorgenommen. Es entwickelt sich im Laufe der Zeit eine Form von kontinuierlicher Arbeitsteilung sowie ad hoc-Zusammenarbeit. Aktivitäten in dem Jahr waren u.a.: Beschäftigung mit dem PEPP System und BTG; Beginn der dialogischen Gespräche; Organisation der Fortbildung zum „Offenen Dialog“; Besuch einer Flüchtlingsunterkunft und Absprache zu psychosozialen Bedarf; Aufrollen des Themas Krisendienst HH; Beiratsteilnahme Forschungsvorhaben zur EGH; Überlegung zur Einrichtung einer Geschäftsstelle; Abschluss von Versicherungen für alle Organe des Vereins; Verabschiedung Ingo Engelmann.

In der Rolle der Gesellschafterin: Absicherung und Abwicklung vom AK 71 (Selbsthilfe-Begegnungsstätte) über die GPZE GmbH, Ausschreibung und Personalauswahl für die GF Nachfolge; Zehn-Jahresfeier GPD Nord Ost; Verabschiedungsfeier Rainer Hölzke.; Begleitung des neuen GF; Verlängerung der Dienstverträge GPZE GF erarbeiten; feste Ansprechpartner für Geschäftsführer und Aufsichtsräte.

In Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit wird weiter in der verbliebenen Zeit die Homepage erarbeitet. Die Broschüre zu 40 Jahre HGSP ist vergriffen und wird nachgedruckt. Das Bundesverdienstkreuz wird unter Beteiligung der HGSP an Herrn Dr. Meyer im Turmzimmer des Rathauses vergeben. Zur gemeinsamen Wahlveranstaltung mit dem LPE und LAPK kommen 40 Leute und diskutieren mit Politikern über psychiatrisch relevante Themen. Presseerklärung zur Verabschiedung von R. Hölzke.

■ 2016

Für das Jahr 2016 steht eine auf unterschiedlichen Ebenen gartete Beteiligung an der Hamburger Psychiatrieplanung an. Angedacht ist es, mit nahestehenden Verbänden dazu eine Arbeitsgruppe zu bilden und sich Experten dazu einzuladen, um den Prozess kritisch und aktiv zu unterstützen. Die engeren dialogischen Gespräche bieten eine gute Möglichkeit, die psychiatrischen Themen im Blick zu halten. Alle Themen werden sich in dem laufenden Jahr mehr oder weniger dem Psychiatrieplan ein- oder unterordnen. Die Quartalsgespräche mit dem Asklepios Klinikum werden fortgesetzt (u.a. Thema psychosoziale Flüchtlingsversorgung, UMF, aber auch außerhamburgische Unterbringung). Als öffentliche Veranstaltung ist eine Lesung mit einem Psychiatrie-erfahrenen Autor terminiert. Ein Austausch mit dem Bremer LV fand statt und diente dazu, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Wichtige Themen, die dabei wieder mehr in den Blick kamen, waren die Beteiligung von Genesungsbegleitern; die Bettenplanung der Kliniken sowie das Thema Arbeit für psychisch erkrankte Menschen. Ein Gegenbesuch ist für Herbst geplant.

Für den Vorstand:

Kontakt:

Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HGSP)

c/o GPZE GmbH

Helmut Krüger

Hochallee 1-3

20149 Hamburg

Tel.: (0 40) 41 53 11 11

E-Mail: jessica.reichstein@iv-hamburg.de

Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HeGSP)

In der Mitgliederversammlung vom 08.10.2015 wurde folgender Geschäftsführender Vorstand gewählt:

Petra Lauer, Dr. Klaus Becker, Prof. Dr. Heike Dech, Constantin v. Gatterburg, Anja Rößner-Uhlmann

Für den Erweiterten Vorstand:

Eugen Berker, Dieter Debus, Andreas Jung, Anika Radtke, Harald Link, Hans-Jürgen Wittek,

Der Landesverband hat sich in den vierteljährlichen Vorstandssitzungen mit folgenden Themen befasst:

- Weitere Entwicklung der Eingliederungshilfe (PerSEH)
- Neufassung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes und der Erstellung eines Eckpunktepapieres
- Verfassung von Stellungnahmen für das Sozialministerium zum Entwurf des neuen PsychKHG
- Vorbereitung der Jahrestagungen zu den Themen Arbeit und Beschäftigung in Kooperation mit der LAG Werkstätten, Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz und Gemeindepsychiatrische Versorgung
- Übergangsmanagement von Klinik in Gemeindepsychiatrie
- Unterstützung örtlicher Initiativen und Projekte auf Landesebene
- S3-Leitlinien

Im Berichtszeitraum haben mehrere Gespräche mit dem Landeswohlfahrtsverband, Interessenvertretungen, dem Verein EX-IN und dem Sozialministerium stattgefunden. Die Unterstützung und Mitarbeit in einer Besuchskommission sowie die Teilnahme am neu initiierten Landespsychiatriebeirat wurden aktiv vom Vorstand begleitet.

Für den Vorstand:

Kontakt:

Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HeGSP)

Petra Lauer

Oikos Sozialzentrum

Hessenallee 12a

34613 Schwalmstadt

Tel.: (0 66 91) 9 63 51 18

Fax: (0 66 91) 9 63 52 11

E-Mail: lauer-petra@oikos-sozialzentrum.de

www.dgsp-hessen.de

DGSP Niedersachsen e.V. (DGSP-N)

Das Jahr 2013 war von zwei gescheiterten Tagungsprojekten geprägt: Die Jahrestagung zum Thema „Inklusion“ musste wegen unvorhersehbarer Absagen von Referenten gecancelt werden, die ersatzweise im Herbst in Wunstorf geplante Tagung zur Rolle der Kliniken im Sozialpsychiatrischen Verbund scheiterte letztlich an zu knapper Vorbereitungszeit.

2014 waren wir dann wieder „im Tritt“. Unter dem Titel: „Geht doch! – Gelungene Verläufe psychiatrischer Behandlung zur Vermeidung von Zwang und Gewalt“ gelang uns eine Tagung „aus dem eigenen Saft“. Bei den Referenten handelte es sich um sozialpsychiatrische Praktiker aus der Region. In 2015 fand die Jahrestagung dann wieder in der KRH Psychiatrie Wunstorf statt. Unter dem Titel „Wahrscheinlich guckt wieder kein Schwein – Wertschätzung der Arbeit in der Psychiatrie“ waren mit Prof. Morgenroth und Dr. Dillo (MHH) bekannte Referenten aus Hannover eingeladen. An die Vorträge schlossen sich wie immer einige Arbeitsgruppen zur Vertiefung an. Auch diese Tagung war gut besucht.

Aktuell sind wir in der Vorbereitung für eine Tagung, die sich mit dem Schwerpunktthema geschlossene / offene Stationen auseinandersetzt, Titel: „Geschlossen oder nicht ganz dicht? – Vom Umgang

mit Schutz und Sicherung in der Gemeindepsychiatrie“. Nach drei Vorträgen am Vormittag (Prof. Lang, Basel, B. Meißnest, Gütersloh und W. Mayr, Heidenheim) wollen wir am Nachmittag auf Arbeitsgruppen verzichten und im Forum praktische Erfahrungen mit fakultativ oder konsequent offenen Stationen diskutieren.

Die niedersächsische Psychiatrie wird seit dem 20.01.2016 von der Landesregierung mit der Vorlage eines Entwurfs für den Landespsychiatrieplan beschäftigt. Darüber hinaus ist die Novellierung des NPsychKG seit mehreren Jahren in Arbeit. Hier ist es schon einigermaßen verwunderlich, dass das parlamentarische Verfahren trotz wiederholter Ankündigungen immer noch nicht abgeschlossen ist. Vielleicht trägt dazu bei, dass der langjährige Psychiatrie-Referent Dr. Helmut Kersting Ende April in den Ruhestand geht. Sein Nachfolger wird mit Dr. Manfred Koller der Ärztliche Direktor des ehemaligen Landeskrankenhauses Göttingen, das mit der LKH-Privatisierung an den Asklepios-Konzern verkauft wurde. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Für den Vorstand:

Kontakt:

DGSP-Niedersachsen (DGSP-N)

Sebastian Stierl

Geschäftsstelle

Am Ried 1a

21398 Neetze

Tel.: (0 58 50) 5 95

stierl@t-online.de

www.dgspn.de

Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP)

■ 2013

Im Sommer 2013 wurde, anknüpfend an die vorherige Mitgliederversammlung zum Thema Zwang, in mehreren gemeinsamen Sitzungen mit der AGpR ein Antrag für ein Modellprojekt zur Schaffung inklusiver Beratungsstrukturen erarbeitet. Im Rahmen des Modellprojekts sollen exemplarisch in einer Region strukturelle Verbesserungen erreicht und Maßnahmen umgesetzt werden, die uns diesem Ziel näher bringen. Dazu gehören die Etablierung gemeinsamer Behandlungs- und Betreuungsteams (Klinik/ Sozialpsychiatrisches Zentrum, gesetzliche Betreuer), Tandembetreuungen auch in Zusammenarbeit mit der Jugend- und Obdachlosenhilfe ebenso wie ein Sorgentelefon für beunruhigte Bürgerinnen und Bürger oder Mentoren-Projekte. Über die gesamte Laufzeit wird ein Beirat, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen des LVR, der DGSP/ RGSP und der AGpR installiert werden. Erkenntnisse aus dem Projekt werden laufend veröffentlicht und allen gemeindepsychiatrischen Institutionen sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Das Projekt soll im Hinblick auf wirksame Faktoren zur Gestaltung eines Sozialraumes auch für schwer erreichbare Menschen evaluiert werden.

Auch in 2013 erschien das Extrablatt, das komplett neu geplant und gestaltet werden musste, da unser langjähriger Vorsitzender Dr. Norbert Schalast diese Aufgabe leider nicht mehr wahrnehmen konnte (www.rgsp.de). Aus dem Extrablatt ist zu entnehmen, dass wir uns zusätzlich intensiv mit der geplanten Einführung des pauschalisierten Entgeltsystems für Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) und dem Entwurf zum neuen Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG) beschäftigt haben.

Weiterhin fand zum Thema EX-IN eine Befragung von Arbeitgebern statt.

■ 2014

Besuch im Marienhospital Herne, 28.01.14: Die erste Vorstandssitzung des Jahres 2014 fand im Marienhospital in Herne statt. Von Dr. Nyhuis in der Mitgliederversammlung 2013 berichtete Zahlen und Umgangsweisen mit Patienten bzw. deren Krisen konnten vor Ort besichtigt und nachvollzogen werden. Die RGSP empfiehlt seither fortwährend allen Klinikärzten, sich die Arbeit vor Ort anzuschauen.

Die folgende Zeit wurde genutzt, um eine gemeinsame Sitzung mit der Westfälischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (WGSP), einen Verbandsnachmittag und die Mitgliederversammlung vorzubereiten. Am 02.04.2014 fand in Duisburg die gemeinsame Sitzung mit der WGSP statt. Themen waren die Auslotung gemeinsamer Themen in NRW, die auch gemeinsam nach außen vertreten werden können. Am 25.04. 2014 fand unter Moderation von Richard Suhre ein Verbandsnachmittag mit dem Auftrag der Prioritätenfestlegung zukünftiger Aufgaben statt. Überschrift war „Was ist machbar?“.

Am 29.04.14 fand im Viersen in der ehemaligen Lohbuschbrauerei, der heutigen Kontakt- und Beratungsstelle der PHG Viersen gGmbH, die Mitgliederversammlung der RGSP statt. Der Titel lautete „Gemeindepsychiatrie, die Forensik der Zukunft?“ Neben dem Referenten Uwe Dönisch-Seidel, Landesbeauftragter für den Maßregelvollzug, konnten zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßt werden. Der Veranstaltungsraum war bis zum letzten Platz gefüllt.

Von Mai bis Ende des Jahres wurde in den monatlich stattfindenden Vorstandssitzungen folgende Themenschwerpunkte bearbeitet: Der im Sommer 2013 gestellte Antrag für ein Modellprojekt in Mettmann zur Schaffung inklusiver Beratungsstrukturen wurde im Laufe des Jahres 2014 bewilligt. Im Rahmen des Modellprojekts sollen exemplarisch in einer Region strukturelle Verbesserungen erreicht und Maßnahmen umgesetzt werden, die uns diesem Ziel näher bringen. Dazu gehören die Etablierung gemeinsamer Behandlungs- und Betreuungsteams (Klinik/ Sozialpsychiatrisches Zentrum, gesetzliche Betreuer), Tandembetreuungen auch in Zusammenarbeit mit der Jugend- und Obdachlosenhilfe ebenso wie ein Sorgentelefon für beunruhigte Bürgerinnen und Bürger oder Mentoren-Projekte. Es wurde wie geplant ein Beirat, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen des LVR, der DGSP/ RGSP und der AGpR installiert. Erste Planungen konnten bereits umgesetzt werden. Erkenntnisse aus dem Projekt werden laufend veröffentlicht und allen gemeindepsychiatrischen Institutionen sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Aus dem im August 2014 erschienenen Extrablatt ist zu entnehmen, dass wir uns zusätzlich intensiv mit den Themen EX-IN sowie mit Erfahrungen zur Umsetzung des PsychKG in NRW beschäftigt haben. Zudem wurde die Homepage der RGSP neu gestaltet, siehe www.rgsp.de

Thematische Schwerpunkte waren weiterhin die fortwährende Auseinandersetzung mit dem neuen Wohn- und Teilhabegesetz (WTG). Ein enger Austausch mit AGpR war hier geboten. Die Politik hat Änderungswünsche der Gemeindepsychiatrie akzeptiert und umgesetzt. Dadurch können Wohngemeinschaften weiter aufrecht erhalten bleiben.

Gleichzeitig wurde ein ausführliches Diskussionspapier zur Initiative der Bundesregierung, die Eingliederungshilfe aus dem „Fürsorgesystem“ in ein „modernes Teilhaberecht“ zu überführen sowie auch das SGB IX zu reformieren, erstellt und über die Landesgrenzen hinaus zur Verfügung gestellt. Bei diesen Reformbestrebungen müssen die Erfordernisse, die sich aus der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ergeben, einen unbedingten Vorrang vor fiskalisch motivierten Überlegungen haben.

Am 03.12.14 fand in Köln eine gemeinsame Tagung mit der DGSP und AGpR mit 450 Teilnehmern zum Thema „10 Jahre face to face – eine Schadensmeldung?“ statt.

■ 2015

Wir stiegen ein in das Jahr 2015 am 19.01.15 mit der Durchführung eines Kinoabends in Mönchengladbach. Vorgeführt wurde der Film *Apostel & Partner*. Anschließend fand unter Beteiligung von 150 Besuchern, des Regisseurs und mehrerer Schauspieler eine spannende Diskussion statt.

Die folgende Zeit wurde zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung, der Planung einer Einladung von Herrn Flemming (Fachbereichsleiter LVR) in eine Vorstandssitzung und der Veröffentlichung einer Extrablattausgabe (Themen: Rechenschaftsbericht, Modellprojekt Langenfels, Kinobericht, Leben in Gastfamilien) genutzt. Gleichzeitig begann eine fortlaufende Diskussion zum Thema Forensik durch ständige Teilnahme eines Vorstandsmitgliedes im Fachausschuss Forensik der DGSP. Im April fand eine gemeinsame Vorstandssitzung mit Herrn Flemming (Fachbereichsleiter LVR) zu verschiedenen Feldern in der Eingliederungshilfe (Bsp. Fallzahlenanstieg, Hilfeplankonferenzen, gewünschte Datenerhebungen, etc.) statt. Im Mai begann die intensive Mitarbeit im MGEPA zur Landespsychiatrieplanung NRW. Die RGSP ist hier im Lenkungsausschuss, in zwei Unterausschüssen „Soziale Teilhabe und Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung“, „Gesundheit, Prävention, Antistigma, Inklusion“ sowie in den Arbeitsgruppen Regionale Steuerung/ Krisenhilfe und Zwang in der Psychiatrie vertreten. Hierzu bedarf es ganzjährig einen ständigen und intensiven Austausch in den Vorstandssitzungen. Ebenfalls im Mai wurde die gemeinsame Tagung DGSP/ RGSP/ LVR / Gesundheitsamt Kreis Viersen zum Thema ADHS in Viersen durchgeführt. Zielgruppe waren Lehrer und Erzieher ungefähr 150 Personen nahmen teil. Im Juni fand die jährliche Mitgliederversammlung in der Synagoge in Duisburg statt. Der Vorstand wurde wieder gewählt, Referent: Herr Lewandrowski, neuer Landesrat beim LVR Dezernat Soziales zum Thema „Reform der Eingliederungshilfe aus Sicht des LVR“. Am 27.10. fand zusätzlich noch eine Besichtigung der Soteria in den Gangelter Kliniken bei Dr. Hinüber statt.

In den weiteren Vorstandssitzungen wurde sich intensiv mit den Themen aus der Landespsychiatrieplanung NRW, gesetzliche Betreuungen im Spannungsfeld zur Eingliederungshilfe, der Flüchtlingsproblematik und einem weiteren Extrablatt (Themen: Landespsychiatrieplan, Betreuungsrecht, Hilfeplankonferenz, Bericht über MV) und der nächstjährigen Mitgliederversammlung, geplant 31.Mai 2016, beschäftigt.

Hierzu konnte Volkmar Aderhold, Arzt für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychotherapeutische Medizin, Lehrtherapeut der DGSP, gewonnen werden. Der Titel seines Vortrags lautet: Die Reduzierung von Neuroleptika – auch eine Chance für die Gemeindepsychiatrie?

■ 2016

Zu Beginn des Jahres 2016 wurde eine Stellungnahme der RGSP zum „zweiten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten“ unter Federführung von Dr. Norbert Schalast erarbeitet, siehe www.rgsp.de. Eine Vorstandssitzung wurde im Düsseldorfer Gesundheitsamt im dortigen SPZ genutzt, um den Kontakt zum Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug Herrn Uwe Dönisch-Seidel zu intensivieren. Für Ende des Jahres wurde ein weiteres Treffen mit Herrn Holke, Referatsleiter Psychiatrie im hiesigen Ministerium, Herrn Dönisch-Seidel und Herrn Dr. Müller, neuer Gruppenleiter im Maßregelvollzug, vereinbart.

Im Februar war der Landesrat Herr Dirk Lewandrowski, Dezernat 7, LVR, zu Gast in der Vorstandssitzung. Es wurde ein mehr als guter und offener Austausch zu den aktuellen Entwicklungen be-

züglich Bundesteilhabegesetz und Pflegestärkungsgesetz gepflegt. Zum neuen Bundesteilhabegesetz ist für den 15.11.2016 eine gemeinsame Tagung mit der AGpR im Maternushaus in Köln geplant.

Abschließend ist mehr als erfreulich festzuhalten, dass die Vorstandssitzungen nicht nur von allen dreizehn Vorstandsmitgliedern, sondern auch von anderen Interessierten regelmäßig und gut besucht werden. So können immer wieder weitere „Mitstreitende“ gewonnen werden.

Die Vorstandssitzungen finden nach wie vor monatlich an wechselnden Standorten (Duisburg, Viersen, Mönchengladbach, Köln, Düsseldorf, etc.) statt und sind öffentlich. Jeder ist eingeladen, mitzuarbeiten. Termine und Veranstaltungsorte sind auf der Homepage zu entnehmen.

*Für den Vorstand:
Stefan Corda-Zitzen*

*Kontakt:
RGSP-Geschäftsstelle
Gabi End
Eichenstr. 105-109
42659 Solingen
Tel.: (0212) 248210
E-Mail: rgsp@ptv-solingen.de
Internet: www.rgsp.de*

DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Die Mitgliederzahl der DGSP in Rheinland-Pfalz ist in den vergangenen Jahren einigermaßen stabil geblieben. Einigen Austritten, vor allem aus Altersgründen, standen auch Eintritte jüngerer Mitglieder entgegen. Die Gewinnung neuer Mitglieder ist ein vorrangiges Ziel in den nächsten Jahren. Damit stehen wir aber vermutlich in Rheinland-Pfalz nicht alleine da. Es fällt schwer, jüngere Mitarbeiter von Einrichtungen für psychiatriepolitische Aktivitäten zu gewinnen. Im Herbst dieses Jahres werden wir eine Fachtagung zum Thema „Sozialpsychiatrische Grundhaltung“ mit Volkmar Aderhold veranstalten, die aber besonders diese Zielgruppe im Auge hat. Nach der gelungenen Tagung zum Thema Zwangsbehandlung im Frühjahr 2013 stand seit Sommer 2014 die Planung und Durchführung der DGSP-Bundestagung in Trier im Vordergrund. Die Bedenken, dass Trier als Stadt am Rande der Republik, aber mitten in Europa, als Tagungsort nicht akzeptiert würde, bestätigten sich nicht. Trotz fehlender IC-Verbindung war die Tagung ausgebucht. Die Rückmeldungen der TeilnehmerInnen zum Inhalt und Organisation der Tagung waren weitgehend positiv. Leider verteilt sich die Arbeit der DGSP auf nur wenige Schultern. Trotzdem ist die DGSP in Rheinland-Pfalz in Landes- und kommunalen Gremien präsent. Vor allem im Landespsychiatriebeirat haben wir eine einflussreiche Stimme. So gelang es jetzt, eine positive Stellungnahme des Landespsychiatriebeirates zur Schaffung neuer geschlossener Einrichtungen zu verhindern. Bei der nächsten Mitgliederversammlung im Rahmen der geplanten Fachtagung steht auch eine Neuwahl des Vorstandes an. Wir würden uns über frisches Blut in der Vorstandsarbeit freuen und sind optimistisch, dass es zu einer Verjüngung des Gremiums kommt.

*Für den Vorstand:
Josef Bernardy*

*Kontakt:
Josef Bernardy
Longkampstr. 37
54292 Trier
Tel.: (0651) 52789
E-Mail: josef@bernardynet.de*

Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (SGSP)

■ 2013

Austausch mit dem Landesverband Thüringen: Auch außerhalb der Bundesvorstandstreffen findet ein kontinuierlicher Austausch mit dem DGSP Landesverband Thüringen statt. Auch hier bestehen gute Möglichkeiten, außerhalb der Länderspezifika gemeinsame Interessen zu bündeln. Ein erstes Projekt war die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung der jährlichen DGSP Jahrestagung in Erfurt vom 7.-9.11.2013. Den Kontakt hält weiterhin J. Roscher. Neue Projekte gab es in den letzten drei Jahren nicht. Zugearbeitet wurden die „Wahlprüfsteine“ für die Landtagswahlen in Sachsen für den Bereich Psychiatrie, federführend war J. Roscher.

Aufgrund der thematisierten Netzwerke entschloss sich der Vorstand, den Fachtag 2014 zu diesem Thema zu organisieren. Der Organisationsbeginn wurde auf Ende des Jahres gelegt, da die SGSP (J. Roscher) mit in die Gestaltung der Jahrestagung Erfurt eingebunden war. Weitere Themen in diesem Jahr für Sachsen waren Geschlossene Heime sowie Gemeindepsychiatrische Verbände.

■ 2014

Bereits zum ersten Treffen des Vorstandes im März des Jahres stellten wir uns die Frage danach, wie es mit der SGSP weitergeht.

Am 08.09.2014 fand dann die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl in Leipzig statt, zu der lediglich acht Teilnehmer kamen, von denen drei in den geschäfts- und weitere drei in den erweiterten Vorstand gewählt worden sind. Die Frage des Auftrages an einen Landesverband bleibt umso mehr bestehen.

Anhörung PsychKG Sachsen im Sächsischen Landtag: An diesem konnte kein Vorstandsmitglied teilnehmen. Da jedoch die DGSP eine Stellungnahme abgegeben hat, wurde in dieser auch im Namen der SGSP gesprochen. Des Weiteren vertrat Thomas Seyde die Standpunkte der SGSP, der seitens der Stadt Leipzig teilnahm.

Zusammenarbeit mit dem Landesverband Gemeindepsychiatrie Sachsen e.V.: Um die sozialpsychiatrischen Aktivitäten zu bündeln und um ein besseres Kennenlernen der Akteure vor Ort zu ermöglichen, wurde bereits 2013 ein Treffen mit dem Landesverband Gemeindepsychiatrie Sachsen e.V. initiiert. Seit diesem Treffen besteht ein kontinuierlicher Kontakt und Austausch mit dem Landesverband. Am 18.11.2014 wurde die SGSP e.V. von der Mitgliederversammlung des LV Gemeindepsychiatrie einstimmig als neues Mitglied aufgenommen. An den vierteljährlichen Treffen nimmt seitens der SGSP K. Bertl teil.

Fachtag Netzwerk: Der für den 26.11.2014 wieder im Kraftwerk in Chemnitz geplante Fachtag zum Thema „(Auf)Gefangen im Netz – Bedeutung Gemeindepsychiatrischer Verbände (GPV)“ musste leider abgesagt werden, da sich lediglich 20 Teilnehmer angemeldet hatten. Scheinbar war dies für Sachsen ein uninteressantes Thema.

Veröffentlichung „Symptom Nr. 6“ und der 85. Geburtstag von Prof. Dr. med. Klaus Weise: Die seit dem Jahr 2000 ruhende Zeitschriftenreihe konnte mit der Herausgabe des Heftes Nr. 6 neu belebt werden und wurde anlässlich des 85. Geburtstages von Herrn Professor Klaus Weise ihm gewidmet. Dazu fand im Psychiatriemuseum am 15.03.2014 eine Veranstaltung statt, an der auch Prof. Weise teilnahm.

■ 2015

Das erste Treffen des gesamten Vorstandes fand in der KOBS in Torgau statt, organisiert von Rosi Haase. Diskutiert wurde die schwierige psychiatrische Versorgung und „Abgebundenheit“ von den städtischen psychiatrischen Angeboten. Die SGSP stellte

Überlegungen an, wie dies verändert werden könnte. Die SGSP bot hier ihre Unterstützung an. Im Mai unterstützte die SGSP eine Ausbildung zu EX-IN finanziell. Im Juni war die SGSP Unterstützer des Treffs der Psychiatriekoordinatoren Sachsens im SpDi Leipzig unter der Organisation von Thomas Seyde und Teilnahme von J. Roscher.

In Leipzig gründete sich der Landesverband der Psychiatererfahrenen Sachsens, Rosi Haase begleitet im ersten Jahr mit ihren Erfahrungen.

Thomas Seyde und Rosi Haase waren in der PSAG Grimma eingeladen, um die Erfahrungen gerade mit dem Persönlichen Budget vorzustellen.

■ 2016

Fachtag „Flucht und Asyl“: Am 23.06.2016 findet der Fachtag „Flucht und Asyl“ in Leipzig statt. Diesen haben wir auf unsere regionale Ebene abgewandelt, denn dieser fand bereits für das Rheinland im Februar 2016 in Köln statt. Wir hoffen, diesmal mehr Teilnehmer erreichen zu können.

Fortbildung „Psychotherapeutische Grundhaltung“: Diese von der DGSP angebotene Fortbildung wird auf Antrag eines Trägers als Inhouse-Schulung in Leipzig stattfinden.

Tag der Gemeindepsychiatrie Leipzig: Dieser findet am 21.10.2016 in Leipzig im Gesundheitsamt statt. Die SGSP wird wieder Unterstützer sein.

■ Sonstiges aus der SGSP

Der Vorstand der SGSP ist in der aktuellen Besetzung wiedergewählt worden zur Mitgliederversammlung am 8.9.2014, trifft sich ca. vier- bis sechsmal im Jahr und tauscht sich rege per Mail aus. Die Verantwortlichen leben in Chemnitz, Dresden und Leipzig. Jan Roscher ist bestrebt, die Website regelmäßig zu aktualisieren, Protokolle der Mitgliederversammlungen werden eingestellt oder aktuelle Projekte.

Für unsere Arbeit suchen wir dringend MitstreiterInnen. Bisher sind KollegInnen aus dem klinischen Bereich stark unterrepräsentiert. Aber jeder, der sich berufen fühlt, für eine gute Sache einzustehen oder auch im Vorstand mitzuarbeiten und die SGSP zu gestalten, ist bei uns willkommen.

Für den Vorstand:

Katrin Bertl

Kontakt:

Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (SGSP)

Jan Roscher

WEGE e.V. – Verein Angehöriger und Freunde psychisch Kranker

Lützner Straße 75

04177 Leipzig

E-Mail: sgsp@sozialpsychiatrie-in-sachsen.de

Internet: www.sozialpsychiatrie-in-sachsen.de

DGSP Saarland e.V. (DGSP Saar)

Wir hatten im Berichtszeitraum folgende vier Fachveranstaltungen mit guter Resonanz (60-100 Besucher):

Themen:

■ 2013 „Psychisch krank und älter werden ... ist das Saarland gewappnet?“

■ 2014 „Achtsamkeit: theoretische Grundlagen, Anwendungsmöglichkeiten und Fallbeispiele“

■ 2014 „Psychoedukation im Dialog“

■ 2015 „Jung-psychisch krank – ausgegrenzt? Passen unsere Angebote?“

Die Veranstaltungen konnten wir auch durch beantragte Totomittel weitgehend kostenneutral bzw. mit minimalen Selbstkosten planen

und durchführen. Die diesjährige Veranstaltung ist für den 30.09. erneut zu dem Thema „Jung-psychisch krank – ausgegrenzt? Angebote und Perspektiven im Saarland“ geplant.

Für den Vorstand:

Horst Schneider

Kontakt:

DGSP-Saar

Horst Schneider

c/o PsychoSoziale Projekte Saarpfalz gGmbH

Goethestr. 2

66424 Homburg

Tel.: (06841) 93430

Fax: (06841) 934320

E-Mail: h.schneider@psp-homburg.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.

■ Anfang 2014 wurden ein neuer Vorstand und der erweiterte Vorstand gewählt.

■ Der Landesverband hat jährlich ein Landespsychiatriefest ausgerichtet, das jeweils in unterschiedlichen psychiatrischen Einrichtungen stattfand. Mit kulturellem und kulinarischem Programm sind jeweils über 100 Besucher erreicht worden. In 2016 findet das 20. Landespsychiatriefest in Magdeburg statt.

■ Die DGSP-LSA versuchte seit Jahren, in Sachsen-Anhalt einen EX-IN-Kurs zu initiieren, um von psychischer Krankheit Betroffene für die Peerarbeit zu qualifizieren. Sie hat die Ausbildung der Ausbilder gefördert und einen Träger gefunden, der sich bereit erklärt hat, die Ausrichtung des Kurses zu übernehmen. 2010 waren im Rahmen der Aktion „Volksstimme Leser helfen“ Spendengelder in Höhe von 5000 € eingeworben worden, die für die Unterstützung eines EX-IN-Kurses vom Verein zurückgestellt worden sind. 2015 hatten sich erstmals genug Teilnehmer gefunden und der EX-IN-Kurs konnte starten. Inzwischen wurde der Grundkurs erfolgreich abgeschlossen und der Aufbaukurs begonnen. Aus der Rücklage wurde auch ein einzelner Teilnehmer unterstützt, der den Kurs vorher in einem anderen Bundesland absolvierte und als einziger Peer-Berater im Land tätig ist.

■ Im Oktober 2015 hat der LV einen gut besuchten Fachtag „Blick in die Zukunft – psychiatrische Versorgung 2025 in Sachsen-Anhalt“ u.a. mit Klaus Dörner als Referent durchgeführt. Mit der Vorstellung möglicher guter Versorgungspraxis wurde eine Vernetzung der psychiatrisch Tätigen angeregt und auf die bürokratische und unflexible Struktur im Land aufmerksam gemacht.

■ Aus dem Fachtag und sich anschließenden Arbeitsgruppentreffen sind Eckpunkte für eine verbesserte psychiatrische Versorgung entwickelt worden, die in diesem Jahr nach der Landtagswahl mit den Parteien diskutiert werden sollen.

■ Der Vorstand und der erweiterte Vorstand haben sich regelmäßig getroffen und dabei auch mehrfach Vertreter der Angehörigen und der Psychiatrie-Erfahrenen als Gäste beteiligt.

Für den Vorstand:

Jutta Meinerts

Marc Fesca

Wolfgang Grimm

Kontakt:

Jutta Meinerts

E-Mail: dgsp-lsa@web.de

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie Schleswig-Holstein e.V. (DGSP-SH)

Seit Anfang des Jahres 2016 freuen wir uns über unseren runderneuerten Internet-Auftritt. Dabei hat nicht nur die Oberfläche ein zeitgemäßeres und funktionelleres Outfit bekommen. Durch die Portierung auf eine moderne Programm-Plattform können wir nun auch die Inhalte in direktem Zugriff aktualisieren.

Für das Fortbildungs-Netzwerk der Sozialpsychiatrischen Träger in Schleswig-Holstein übernahmen wir weiterhin die Koordination und Veröffentlichung der gemeinsamen Broschüre und brachten uns mit zahlreichen eigenen Veranstaltungen ein.

Die Neuauflage unserer EX-IN-Ausbildung konnte leider nicht mehr wie vorgesehen angeboten werden, da es zwar viele Interessenten, aber keine Finanzierung mehr für den Kurs gab. Durch eine Kooperation mit dem Diakonischen Werk Schleswig-Holstein stehen uns in 2016 Spendengelder aus Kollekten zur Verfügung, mit Hilfe derer wir den neuen Kurs nun finanziell absichern können.

Die Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung bieten wir für den Bereich der beruflichen Rehabilitation mit guter Nachfrage weiterhin an. Die Zusatzausbildung für den Bereich der psychosozialen Reha setzten wir mangels Nachfrage aus. Wir planen, sie in 2016 in veränderter Form wieder anzubieten.

Auf unseren Jahrestagungen haben wir folgende Themen in den Mittelpunkt gerückt:

- 2013: „Geschlossene Unterbringung – gemeindenah! Eine Herausforderung für die Sozialpsychiatrie“ mit Wolfgang Bayer
- 2014: „Die neue S3-Leitlinie Schizophrenie – aktueller Stand und Bericht aus der Konsensusgruppe“ mit Clemens Firnenburg
- 2015: „Ambulantisierung der Psychiatrie: Entprofessionalisierung oder neue Fachlichkeit?“ mit Stefan Dettmers, Arno Deister und Bernd Prezewowsky

Die Fachtagung in 2015 führten wir gemeinsam mit der Fachhochschule Kiel im Format des Offenen Dialogs durch. Sowohl die Kooperation als auch die Form des offenen Dialogs werden wir in 2016 fortsetzen. Daneben führten wir mehrere Fachforen durch, die sich mit den Themen „personenzentrierte Hilfen“ und „Recovery – Genesungspfade“ befassten. Eine für viele Teilnehmer/innen sehr eindrückliche Erfahrung war der Austausch und gegenseitige Besuch mit israelischen Fachkräften der Psychiatrie, die über das KJP-Programm „internationale Jugendarbeit“ organisiert wurde.

Die nachdrückliche Positionierung der DGSP SH zu den Themen Unterbringungsrecht und Psychiatrieplanung wurden durch die Politik zwar freundlich zur Kenntnis genommen, aber bei beiden Themen entschied sich die Landespolitik dann gegen die aus unserer Sicht notwendigen Veränderungen und verzichtete auf eine ernsthafte Diskussion zur Weiterentwicklung der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung. Wir bedauern das sehr und hoffen, dass aus der Richterstattung und dem Monitoring der UN-Konvention genügend Druck entsteht, um sich diesen wichtigen Themen erneut zu stellen. Ein prägendes Thema im Vorstand war das Ausscheiden von vier der seinerzeit acht Vorstandsmitglieder in 2014/15. Der verbliebene Vorstand befasste sich ausführlich mit der veränderten Situation und richtete sich neu aus. Insbesondere mussten wir unsere Vorhaben an unseren (begrenzten) Kapazitäten ausrichten.

*Für den Vorstand:
Bernd Prezewowsky*

*Kontakt:
Bernd Prezewowsky
Im Holm 11
24119 Kronshagen
E-Mail: prezewowsky@hotmail.com
Internet: www.dgsp-sh.de*

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen e.V.

- Ausrichtung der DGSP-Jahrestagung 2013 in Erfurt, 07.-09.11.2013

Zu dem Thema „Psychiatrie ohne Einrichtungen – Sozialromantik oder sinnvolle Versorgungsperspektive“ diskutierten mehr als 400 Gäste in der Fachhochschule Erfurt. Als Dankeschön erhielten die Studentinnen und Studenten aus der Vorbereitungs- und Unterstützungsgruppe eine einjährige „Probe-Mitgliedschaft“. Neben dem Bezug der „Sozialen Psychiatrie“ wurden sie über alle Aktivitäten des Landesverbandes informiert und zu Veranstaltungen eingeladen. Leider entschied sich kein(e) Teilnehmer(in), nach der Probezeit in die DGSP einzutreten.

- Neuwahl des Landesvorstandes, 19.03.2014

In der Mitgliederversammlung am 19.03.2014 in Jena wählte die Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand: Reinhard Strecker (Vorsitz), Claudia Nix (Stellvertreterin), Claudia Ködel (Schatzmeisterin). Erstmals interessierten sich weitere fünf Mitglieder für die aktive Mitarbeit im Rahmen eines erweiterten Vorstandes. Dirk Bennewitz schied auf eigenen Wunsch nach vier Jahren aus dem Vorstand aus. Arbeitsschwerpunkt des neuen Vorstandes: Verbesserung der internen Kommunikation und Aktivierung der Mitglieder. Vorgeschlagene Maßnahmen: Erstellung einer Homepage für den Landesverband; Mitgliederbefragung zu Interessenschwerpunkten der Mitglieder und Organisation von Mitgliederworkshops zu den vorgeschlagenen Themen.

- Podiumsdiskussion im Rahmen des Kommunalwahlen in Thüringen, 07.05.2014

Zu dem Thema „Erfurt – Stadt der Verrückten“ diskutierten die sozialpolitischen Sprecher/innen von CDU, SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/GRÜNE mit ca. 60-70 Interessierten im Festsaal des Erfurter Rathauses zu Fragen wie: „Haben wir ein psychiatriefreies Klima in der Stadt?“; „Wie bekommen wir mehr psychiatrische Fachärzte/innen in den öffentlichen Gesundheitsdienst?“; „Unterstützung des Aufbaus von Mobilen Krisendienst“; „Alternative Wohn- und Arbeitsformen“ uvm.

- Beteiligung am 4. Fachtag des FA Arbeit an der FH Erfurt, 12.03.2015

Mehr als 100 Teilnehmer/innen beschäftigten sich unter dem Arbeitstitel „Ich arbeite“ schwerpunktmäßig mit der Bedeutung von Zuverdienstangeboten für die Teilhabe an Arbeit von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Neben interessanten Vorträgen und Workshops konnten drei Betroffene aus Thüringen über ihre unterschiedlichen Erfahrungen zu dem Thema „Ich arbeite!“ berichten. Im Rahmenprogramm konnten sich Arbeitsprojekte und Initiativen aus dem Land präsentieren.

- Mitgliedertag zum Thema: „Was brauchen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in psychiatrischen und psychosozialen Arbeitsfeldern, um arbeits- und leistungsfähig zu bleiben?“, 29.06.2015
Am 29.06.2015 gestalteten wir einen Mitgliedertag mit Frau Dipl.-Päd. D. Becker zum o.g. Thema. 21 Mitglieder nahmen dieses Angebot wahr. Das Thema war als Ergebnis einer Mitgliederbefragung gewählt worden.

- Vortrag und Diskussion zum Thema: „Das Heider Modell – ein Modell für die psychiatrische Versorgung in Thüringen?“, 03.05.2016

Bei der Veranstaltung referierte CA Dr. Birker, Westküstenklinikum Heide, auf Einladung des Landesverbandes an der FH Erfurt zum o.g. Thema und diskutierte mit den Teilnehmern/innen über Möglichkeiten der Übernahme dieses Modells für die Regelversorgung in Thüringen. Eine Besonderheit dieses Modells ist die Kombination eines Regionalbudgets SGB V mit Budgetleistungen aus dem SGB XII.

In der Mitgliederversammlung am selben Tag musste die Wahl

des Vorstandes aufgeschoben werden, da keine (!) Kandidaten/innen zur Verfügung standen. Der amtierende Vorstand blieb satzungsgemäß im Amt und bot eine Bedenkzeit bis zum 30.09.2016 an. Danach soll die Wahl wiederholt oder der Landesverband aufgelöst werden.

Weitere regelmäßige Aktivitäten und Neuigkeiten des Landesverbandes:

- Teilnahme mit Sitz und Stimme an den halbjährigen Sitzungen des Landesfachbeirates für Psychiatrie im Thüringer Ministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie (TMASGFF)
- Mitgliedschaft im Beirat des EX-IN-Vereins in Thüringen.
- Seit 2013 Leitung der AG „Beschäftigung für Menschen mit psychischen Erkrankungen außerhalb von WfbM und Tagesstätten“ im TMASGFF. Als erstes wesentliches Ergebnis wird in diesem Jahr ein Fachtag für Leistungsträger veranstaltet, mit dem Ziel (und der Unterstützung der zuständigen Ministerin), den Zuverdienst als Regelangebot flächendeckend in Thüringen zu implementieren.
- Freischaltung der Homepage des Landesverbandes im Juni oder Juli 2016 (www.dgsp-thueringen.de).

*Für den Vorstand:
Reinhard Strecker*

*Kontakt:
DGSP-Landesverband Thüringen e.V.
c/o Reinhard Strecker
Carl-von-Ossietzky-Straße 19
04600 Altenburg
Tel.: (03447) 51 42 12
E-Mail: dgsp-th@web.de*

Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (WGSP)

Aktivitäten der WGSP

- Kooperationen:
Die WGSP nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Erweiterten Vorstands der DGSP teil. Wie in den Jahren zuvor bestand eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Verein der Psychiatrie-Erfahrenen Bielefeld (VPE Bielefeld e.V.), besonders intensiv in Bezug auf EX-IN. Mitglieder des WGSP-Vorstands sind an der Soltauer Initiative beteiligt (Renate Schernus). Die WGSP beteiligt sich seit 2015 wieder kontinuierlich im „Dialog“ Bielefelds. Durch Christian Zechert als Mitglied im Vorstand des Bundesverbandes der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BAPK e.V.) konnte in Kooperation mit der Stadt Bielefeld eine Tagung mit den Angehörigen thematisch im Mittelpunkt in Bielefeld organisiert werden.
- EX-IN OWL:
Die Projektgruppe EX-IN OWL (WGSP mit dem Verein der Psychiatrie-Erfahrenen Bielefeld VPE Bielefeld e.V.) führte 2013 den zweiten EX-IN-Kurs durch. 19 von 23 Teilnehmenden beendeten den Kurs. Aufgrund der Nachfrage bereitete die WGSP schließlich den dritten Kurs vor, der im Mai 2016 mit einem Trainertandem aus der Region begann.

Veranstaltungen

- 31.01.2013, Tagung „Experienced Involvement – Psychiatrie-Erfahrene als Kolleginnen und Kollegen. Begegnungen, Verwicklungen, Rollenfindung“.
- 10.10.2013, Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Mechthild Seithe in der Fachhochschule Bielefeld:

„Soziale Arbeit 2013: Das kann ich nicht mehr verantworten! Aktuelle Konfliktfelder in der Sozialen Arbeit – was tun?“ Kooperation der Soltauer Initiative mit der WGSP.

- Oktober 2014, Beteiligung an der Woche der Seelischen Gesundheit:
Aufstellung der „Psychosebox“ in der Universität; Information zum Thema Psychose zusammen mit dem VPE Bielefeld; die Resonanz war sehr gut.
Vortrag von Margret Osterfeld zum Thema Neuroleptika und Menschenrechte beim Verein LebensRäume; die Veranstaltung wurde vor allem von Psychiatrie-Erfahrenen gut besucht, aber auch von Angehörigen und Profis.
- Herbst 2015: Die Soltauer Initiative, der Verein der Psychiatrie-Erfahrenen Bielefeld und die WGSP beteiligten sich am Austausch mit einer Gruppe aus der Provinz Livorno in Italien: zwei Psychiatrie-Erfahrene, der Psychiater und Leiter des Psychiatrischen Verbundes in Livorno sowie der Soziologe und Organisator des Tageszentrums. Thema war die aktuelle Lage und die Strukturen in der Psychiatrielandschaft in Italien und der Vergleich mit Bielefeld/ Westfalen.
- Tagung Juni 2015: „Was Angehörige und in der Psychiatrie Tätige gemeinsam bewegen können“; zur Beziehung von Angehörigen und Profis mit Themen wie häusliche Gewalt, Selbsthilfe, Kooperation, Konfliktfelder.
- Initiiert durch die Soltauer Initiative und in Kooperation mit der Fachhochschule Bielefeld und der Fachhochschule der Diakonie wurde mit der WGSP die Veranstaltung „Die INKLUSIONS-Lüge – Behinderung im flexiblen Kapitalismus“ am 22. Oktober 2015 organisiert; Vortrag: Prof. Dr. Uwe Becker, mit anschließender Diskussion. Die Veranstaltung war sehr gut besucht bei reger Beteiligung.

Derzeit wird eine Tagung für das nächste Jahr geplant; thematisiert wird die Stigmatisierung von Menschen mit psychischer Erkrankung.

Vereinstätigkeiten

Mitgliederversammlung und Vorstandswahl am 31.01.2013: Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Christian Zechert, zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Bernd Meißnest, zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden Renate Schernus, zur Schatzmeisterin Laura Reinhold, für die Schriftführung Maria Canovai. In den Erweiterten Vorstand wurden gewählt: Hans-Jürgen Lertz, Ingrid Nölle, Margret Osterfeld, Ingrid Wellmann. Anfang Juni 2016 findet die nächste Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl statt. Aufgrund der geringen Zahl der Aktiven ist es weiterhin ein Problem, die Vorstandsarbeit aufrecht zu erhalten und sich politisch einzubringen. Es bestanden fortgesetzt Bemühungen, Interessierte zu kontaktieren und einzuladen. Die Umfrage der WGSP bei ihren Mitgliedern von 2013 ist eine gute Grundlage bei der Einschätzung, was die Mitglieder der WGSP inhaltlich und organisatorisch motivieren könnte (zu den wichtigsten Ergebnissen siehe auch Artikel in der Sozialen Psychiatrie, 38. Jg., Heft 4, Okt. 2014, S. 56/ 57). Letztendlich gab es aber keinen Zuwachs an Man- oder Womanpower. Es begann dagegen eine Auseinandersetzung darum, ob nicht letztendlich die Konsequenz gezogen werden müsste den Verein aufzulösen, was alle Vorstandsmitglieder sehr bedauerlich finden würden. Es wäre erleichternd, wenn die Verantwortung durch mehrere gestützt werden könnte. In der Klausur vom 24.05.2013 setzte sich die WGSP hiermit und mit weiteren zukünftigen Vorhaben auseinander.

Finanzen:

Die Finanzen der WGSP stehen auf gesunden Füßen. Die größten Ausgaben wurden für die Veranstaltungen, die Geschäftsstelle, die EX-IN-Kurse und Spenden getätigt.

Ausblick

- Durchführung des dritten Kurses von EX-IN OWL ab Mai 2016
- Mitgliederversammlung und Vorstandswahl im Juni 2016 mit einer anschließenden Veranstaltung mit Sabine Joel aus Siegburg/ Bonn
- Planung der Tagung mit der Soltauer Initiative in 2017
- Beteiligung an der Woche der Seelischen Gesundheit Herbst 2016
- Fortsetzung der Diskussion um eine Auflösung der WGSP als Verein, ggf. mit Gründung einer Regionalgruppe der DGSP in Bielefeld.

Für den Vorstand:

Maria Canovai, Laura Reinhold

Kontakt:

Christian Zechert

Fliederweg 2

32756 Detmold

E-Mail: zechert@versanet.de



DGSP e.V., Zeltinger Str. 9

50969 Köln

Telefon: 0221/511002

Fax: 0221/529903

E-Mail: dgsp@netcologne.de

Internet: <http://www.dgsp-ev.de>